Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Fernsprecher Nr. 53. Fernsprecher Nr. 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. * Als Beigabe das St. Quirinusblatt. :: Preis für den Monat durch Boten in Neuß in's Haus gebracht Mk. 2.00. ::

Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.

Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Köln 41800.

Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9gespaltene Zeile 80 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.00 Mark, und für die 4gespaltene Reklamezeile 3.00 Mark. Anzeigen erbeten **bis 5½ Uhr abends** für die Nummer des folgenden Tages, :: Zahlung bei Aufgabe. ::

Nr. 38. | Redaktion: Jos. Grunau. | **Mittwoch, 4. Februar 1920.** (Veronika.) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. | **47. Jahrgang.**

Aus dem Reich.

Die Schenkungssteuer nach dem Erbschaftssteuergesetz vom 10. September 1919.

Von Geh. Reg.-Rat Dr. jur. Seidel.

Der Erbschaftssteuer unterliegen nach dem Erbschaftssteuergesetz vom 10. September 1919 auch Schenkungen unter Lebenden (Schenkungssteuer). Diese Besteuerung ist notwendig, um Umgehungen der Erbanfallsteuer zu verhindern. Sie umfaßt die Schenkungen unter Lebenden im Sinne des BGB., und entspricht hierin der Bestimmung des Erbschaftssteuergesetzes von 1913. — Aus diesem Grunde hat der Reichsfinanzhof unterm 13. März 1919 (E. Bd. 1. S. 16) erkannt, daß eine Verpflichtung, das Defizit einer Propagandazeitschrift zu decken, welche unter wesentlicher Beteiligung des Zuwendenden begründet ist und an deren weiterer Herausgabe der Zuwendende ein eigenes Interesse hat, keine Schenkung ist. Die Zuwendung ist zwar objektiv unentgeltlich, es muß aber dazu kommen, daß die Beteiligten auch von ihrem subjektiven Standpunkte aus die Zuwendung nicht als Gegenleistung für gewisse Leistungen des Bedachten leisten wollten.

Ferner fallen unter die Schenkungssteuer freigebige Zuwendungen unter Lebenden, soweit der Bedachte durch sie auf Kosten des Zuwendenden mit dessen Willen bereichert wird, wobei die Uebernahme von Gegenleistungen der Annahme einer Bereicherung insoweit nicht entgegensteht, als es sich dabei um nichr geldwerte Leistungen handelt. Zum Beispiel: A. schenkt 50 000 Mk. gegen dessen Verpflichtung, A.'s Sohn zu adoptieren.

Das Gesetz zählt dann noch eine Anzahl Fälle auf, in denen der Erwerb als durch Schenkung erfolgt gilt, z. B. Zuwendungen mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht, wie sie besonders in Gutsüberlassungen durch Eltern an Kinder vorkommen. Wird durch die Schenkung nur eine Rechtspflicht erfüllt, wie bei der Aussteuer, so liegt keine Schenkung vor, und Ausstattungen, die Abkömmlingen zur Einrichtung eines angemessenen Haushalts gewährt werden, sowie der Verzicht auf den Pflichtteilsanspruch gelten überhaupt nicht als Schenkungen.

Ein Schenkungsversprechen ist nicht steuerpflichtig. Die Steuerpflicht tritt erst ein, wenn und soweit es vollzogen wird. Oft werden Schenkungen zur Belohnung (z. B. einem Lebensretter) oder unter einer Auflage (z. B. einem Dritten etwas zuzuwenden) gemacht oder in einen lästigen Vertrag (Kaufvertrag usw.) gekleidet; hierdurch wird, soweit wirklich eine Schenkung vorliegt, die Steuerpflicht nicht ausgeschlossen, ebensowenig dadurch, daß die Schenkung einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entspricht. Doch treten zu den Befreiungsgründen für die Erbanfallsteuer, die auch für die Schenkungssteuer gelten, noch andere hinzu. So sind von der Schenkungssteuer befreit Schenkungen beweglicher Sachen im Werte von nicht mehr als 5000 Mark an Personen der Steuerklassen 3—5, sofern die Sachen dem persönlichen Gebrauch des Beschenkten oder seinen Familienangehörigen zu dienen bestimmt sind, sowie allgemeine Zuwendungen zu dem Zweck des angemessenen Unterhalts oder zur Ausbildung des Bedachten, Ruhegehalte und ähnliche Zuwendungen, die ohne rechtliche Verpflichtung früheren oder jetzigen Angestellten oder Bediensteten des Schenkers gewährt werden, sowie die üblichen Gelegenheitsgeschenke (Hochzeit, Geburtstag, Weihnachten, Neujahr usw., Gratifikationen).

Die steuerpflichtige Schenkung unterliegt der gleichen Besteuerung wie der Erwerb von Todes wegen. Es gelten die persönlichen Verhältnisse zwischen dem Schenker und dem Beschenkten nach den vier Klassen, die Steuersätze der Erbanfallsteuer, und die Bestimmungen über die Zuschläge bei schon vorhandenem Vermögen des Beschenkten. Auch die Bestimmung, daß die volle Steuer erst vom 1. April 1935 an erhoben wird, gilt in gleicher Weise wie für die Erbanfallsteuer.

Neben dem Beschenkten haftet für die Steuer der Schenker. Die Verjährung des Steueranspruchs beginnt nicht vor dem Tode des Schenkers. Die Steuer ist zu erstatten, soweit das Geschenk wegen eines Rückforderungsrechts hat herausgegeben werden müssen und wenn die Herausgabe gemäß Paragraph 528 Absatz 1 Satz 2 BGB., durch Zahlung des für den Unterhalt erforderlichen Betrages abgewendet worden ist.

Die Reichseinkommensteuer.

* **Berlin,** 30. Jan. Im Steuerausschuß der Nationalversammlung wurde der § 20 des Reichseinkommensteuergesetzes mit einem Steuertarif in der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Zu § 21 (Versteuerung einzelner Veräußerungs-Geschäfte) beantragte der Abg. Blunck (Dem.), bei Gewinn- und einzelnen Veräußerungs-Geschäften wird die Steuer von dem gesamten steuerpflichtigen Einkommen nach dem Hundertsatz erhoben, der nach § 20 anzuwenden wäre, wenn die Steuer von dem übrigen Einkommen zuzüglich des Betrages erhoben würde, der sich bei gleichmäßiger Verteilung des Gewinns auf die vollen Jahre der Besitzdauer ergibt. Die Besitzzeit vor dem 1. Februar 1920, sowie die Besitzzeit von mehr als fünf Jahren wird nicht berücksichtigt.

Der Antrag Blunck wurde angenommen. § 22 wurde in folgender Form angenommen: Bei Einnahmen, welche die Entlohnung für eine sich über mehrere Jahre erstreckende Tätigkeit darstellen, wird die Steuer von dem gesamten steuerpflichtigen Einkommen nach dem Hundertsatz erhoben, der nach § 20 anzuwenden wäre, wenn die Steuer von dem übrigen Einkommen zuzüglich des Betrages erhoben würde, der sich bei gleichmäßiger Verteilung der Einnahmen auf die vollen Jahre der Tätigkeit ergibt. Mehr als fünf Jahre werden nicht berücksichtigt.

Der Steuertarif.

Die Einkommensteuer beträgt für die

	Mark	v. H.		Mark	v. H.
ersten	1000	10	nächsten	5000	36
nächsten	1000	11	„	5000	37
„	1000	12	„	5000	38
„	1000	13	„	5000	39
„	1000	14	„	5000	40
„	1000	15	„	5000	41
„	1000	16	„	5000	42
„	1000	17	„	5000	43
„	1000	18	„	5000	44
„	1000	19	„	10000	45
„	1000	20	„	10000	46
„	1000	21	„	10000	47
„	1000	22	„	10000	48
„	1000	23	„	10000	49
„	1000	24	„	20000	50
„	2000	25	„	20000	51
„	2000	26	„	20000	52
„	2000	27	„	30000	53
„	2000	28	„	30000	54
„	2000	29	„	40000	55
„	3000	30	„	50000	56
„	3000	31	„	50000	57
„	3000	32	„	50000	58
„	3000	33	„	50000	59
„	3000	34	Für die weiteren Beträge		60
„	5000	35			

Ernährung und Wirtschaftspolitik.

W. **Dresden,** 31. Jan. Heute fand hier auf Einladung und unter Vorsitz des Reichswirtschaftsministers Schmidt eine Sitzung von Vertretern der sächsischen, thüringischen, braunschweigischen und anhaltischen Regierungen statt. Der Reichswirtschaftsminister beabsichtigt, im Februar in Berlin mit den Vertretern sämtlicher deutschen Freistaaten die Grundsätze für unsere zukünftige Wirtschaftspolitik und besonders für die Durchführung der Ernährungswirtschaft im neuen Erntejahr zu beraten und aufzustellen. Der Zweck der Dresdener Tagung war, die Regierungen der norddeutschen Freistaaten über die wirtschaftliche Gesamtlage und über das Für und Wider bei der Behandlung der einzelnen Fragen zu unterrichten. Der Ministerpräsident Dr. Gradnauer begrüßte den Reichswirtschaftsminister. Aus den Darlegungen des Reichswirtschaftsministers müssen seine Hinweisungen auf den Ernst unserer Ernährungslage und die zwingende Notwendigkeit hervorgehoben werden, ganz besonders auch die Brotgetreidebewirtschaftung mit größerem Ernst durchzuführen, sowie die Hinweise auf die verhängnisvollen Zusammenhänge zwischen der viel zu geringen Kohlenförderung, dem Erliegen auch solcher Ausfuhrindustrien, die keine ausländischen Rohstoffe bedürfen, und den sich unerträglich steigernden Schwierigkeiten, im Auslande Zahlungsmittel in die Hand zu bekommen, um Nahrungs- und Futtermittel zu erhalten und einzuführen. An die Ausführungen des Ministers schloß sich eine eingehende Aussprache.

Beginn der Besetzung Oberschlesiens.

W. **Oppeln,** 30. Jan. Heute nachmittag traf nach den „Oppelner Nachr." der Stellvertreter des Besatzungskommandanten, General Le Roud, mit mehreren anderen Offizieren, sowie einigen Unteroffizieren und Mannschaften hier ein. Die Besetzung Oberschlesiens beginnt am 31. Januar. Am ersten Tage wird der Kreis Plesk, am zweiten Tage der Kreis Kattowitz, am 3. Tage der Kreis Tarnowitz und am 11. Tage der Kreis Oppeln besetzt. Für die Besetzung werden mit Ausnahme des Kreises Ratibor wahrscheinlich Franzosen verwendet werden. In Oppeln traf gleichzeitig ein zweiter, für das Abstimmungsgebiet von Teschen bestimmter Kommandant ein.

Hilfe im Ueberschwemmungsgebiet der Elbe.

* **Berlin,** 1. Febr. In der Preußischen Landesversammlung hat der Hospitant der Zentrumsfraktion, Abg. v. Wangenheim, mit Unterstützung der Fraktion folgenden dringenden Antrag gestellt: die Staatsregierung zu ersuchen 1. dem Ueberschwemmungsgebiete im Stromgebiet der Elbe und Werra im weitesten Maße Hilfe zu gewähren und die hierfür erforderlichen Gelder vorläufig aus bereiten Mitteln zur Verfügung zu stellen; 2. inzwischen dafür Sorge zu tragen, daß den Landwirten in den genannten Ueberschwemmungsgebieten, deren Wintersaaten durch das Hochwasser vernichtet sind, umgehend die nötigen Sommersaatgetreide, wie Roggen und Weizen, zur Verfügung gestellt werden.

Sozialdemokratische Propaganda für den Kirchenaustritt.

Wie die Baugewerkschaft Nr. 4 berichtet, hingen während des Berliner Metallarbeiterstreiks in allen Streiklokalen Plakate aus, die aufforderten: Metallarbeiter, benutzt die arbeitsfreien Tage zum Austritt aus der Kirche.

Das Stettiner sozialdemokratische Gewerkschaftskartell fordert durch offenen Anschlag zum Austritt aus der Kirche auf, angeblich, um dadurch den Einfluß der Kirche, die ein Hort der Reaktion sei, auf das gebührende Maß herabzusetzen. Die „Ostthüringer Volkszeitung" (früher „Altenburger Volkszeitung", das „gemeinsame Organ der Mehrheits-Sozialdemokratischen Partei für das gesamte Ostthüringen" wirbt in ihrem redaktionellen Teile in schroffster Form für den Kirchenaustritt. So wird in Nr. 2 vom 3. Januar gesagt, ein Arbeiter, der durch Entrichtung von Kirchensteuern die Kirche stütze und fördere, unterstütze und fördere damit seinen eigenen Feind. Ferner wird behaup-

---

Die Getrennten.

Novelle von Maria Lenzen.

41) (Fortsetzung.)

Er regte sich und stöhnte bang, denn jeder Atemzug war ein Schmerz für die zerschmetterte Brust, jeder Pulsschlag wurde zu einer Qual für den fiebernden Kopf. Ueber ihm erschien das Gesicht seiner Wärterin, der sanften Luise; sie reichte ihm zu trinken und flüsterte, Tränen in den Augen, mitleidige Worte.

Er starrte sie fragend an und versuchte zu sprechen; aber es kam kein Laut hervor. Die Angst in seinen fieberglänzenden Augen schien zu wachsen mit jedem der beklemmten Atemzüge; seine Blicke richteten sich forschend in jeden Winkel des Zimmers. Luise glaubte zu verstehen, daß der Unglückliche zu wissen wünschte, wo er sich befinde; sie sagte deshalb leise: „Sie sind im Hause Ihres Arztes, Herr Baron, des Doktors Brand in Derscheid."

Es drückte sich etwas wie Befriedigung in den Zügen des Kranken aus; mühsam brachte er jetzt die Worte hervor: „Und sie?"

„Ich bin die Frau Ihres Arztes, Herr Baron," versetzte Luise, ihn mißverstehend; „ich werde mich mit meinem Manne in Ihre Pflege teilen."

„Nein — nein — Helene —" stöhnte der Kranke. Jetzt glaubte Luise den eigentlichen Grund seiner Unruhe zu fassen. „Sie hat seit länger als einem Jahre bei uns gewohnt," erwiderte sie vorsichtig; „sie ist so still und bescheiden, daß ihre Anwesenheit niemanden stört; wenn Sie nicht zufällig von ihrer Gegenwart unterrichtet wären, würden Sie sie gewiß nicht hier im Hause vermuten."

Der Kranke seufzte, er war noch nicht verstanden worden, hatte aber keine Kraft mehr zum Sprechen. Nach einer langen Pause stammelte er: „Brief — an Max."

„Es ist an Ihren Herrn Sohn geschrieben worden; Herr von Ostitz hat das übernommen, und mein Mann hat einige Zeilen beigefügt."

Wieder kam ein vorübergehender Zug von Befriedigung in das Gesicht des Kranken, und nach einer Weile schlummerte er ein. Es war ein schwerer, unerquicklicher Schlaf, aus dem der Leidende zu wilden Phantasien aufwachte. Luise ängstigte sich wegen der kommenden Nacht und winkte ihren Mann herbei, der im Garten auf und nieder ging.

Sie traf im Vorzimmer mit ihm zusammen. „Ich fürchte, er stirbt diese Nacht noch," flüsterte sie beklommen; „und er scheint noch manches auf dem Herzen zu haben."

„Er wird wohl nicht wieder von seinem Bett aufstehen," sagte der Doktor leise. „Aber so schnell wird es nicht mit ihm gehen, wenn nicht eine Lungenlähmung eintritt. Dazu aber hat es noch nicht den Anschein. Indeß wünsche ich doch, daß sein Sohn bald kommen möge."

„Ich auch; von Herzen verlange ich danach. — Wo ist Helene?"

„Sie hat Karlchen schlafen gelegt und sitzt noch bei ihm."

„Willst du einen Augenblick hier bleiben? Nur eine Minute möchte ich sie sehen."

Brand ging in das Krankenzimmer; Luise suchte ihre Freundin auf.

Die arme Helene saß blaß und verweint am Bette des kleinen Schläfers, dessen kindliche Harmlosigkeit noch nicht von der Angst und Spannung berührt wurde, unter der seine ganze Umgebung litt. Er hatte das halb abgerissene Bein seines Hampelmannes mit einem Band umwunden („wie Papa es mit dem Arm des fremden, kranken Herrn gemacht hat," sagte er dabei) und hatte dann die Holzpuppe auf ein Bett von alten Zeitungsblättern gelegt. Auf dieser Puppe ruhten Helenens Augen, und sie dachte, wie sie am heutigen Morgen selbst mit einer Harmlosigkeit, die ihr jetzt fast unglaublich erschien, dem Doktor bei einer Operation beigestanden hatte, und wie sie damals, obwohl sie den armen Verletzten herzlich bemitleidete, dennoch ruhig und zufrieden geblieben war, wie Karlchen bei den eingebildeten Schmerzen seiner Puppe. Diese Ruhe kam ihr jetzt herzlos vor, und sie machte sich Vorwürfe wegen ihrer Selbstsucht. Weiter dachte sie über den seltsamen Widerspruch nach, daß sie dem fremden armen Manne hatte zu Hülfe kommen dürfen, und daß sie von der Pflege eines Kranken ausgeschlossen sein mußte, dessen Leben sie gern mit ihrem eigenen erkauft hätte. Mit eben so schmerzlichen Gefühlen dachte sie an Max, an den Schmerz, der ihm bevorstand, an die traurige Reise zum Sterbebette seines Vaters; und erdrückend fiel ihr der Gedanke auf das Herz, wie unhaltbar ihre Stellung hier im Hause bei seinem Eintritt in dasselbe werde. „O, es ist wahr," flüsterte sie, „ein armes Mädchen, das keine Eltern hat, hat nirgends — nirgends eine Heimat!"

„Helene," sagte Luise, die unbemerkt zu ihr getreten war, tief bekümmert, „fühlst du das unter unserm Dache?"

Helene teilte ihr aufrichtig den trüben Gedankengang mit, der ihre Klage hervorgerufen hatte, und Luise ging auf alle ihre Gefühle ein, doch nicht, ohne einen Trost für sie zu finden. „Du hast recht; hier bleiben kannst du nicht, wenn der junge Bruchland kommen sollte," sagte sie. „Mit deiner tiefen Trauer paßest du auch nicht in Constanzens glänzendes Haus. Aber du gehst zu meiner Mutter; sie wird dich lieben und pflegen, wie sie mir es tut, wenn ich sie besuche."

„Du hast immer eine Auskunft, immer Hülfe und Rat", erwiderte Helene mit dankbarer Rührung. „Wenn ich deiner guten Mutter morgen früh einen Boten sende mit der Anfrage, ob sie mich aufnehmen kann, werde ich gegen Abend ihre Antwort erhalten, und übermorgen könnte ich vielleicht von hier abreisen."

„Wenn es dich dazu drängt, ja; aber nötig ist es nicht," meinte Luise. „Es werden wenigstens noch vier Tage vergehen, ehe der junge Bruchland hier eintrifft; und wenn du am Morgen vor seiner möglichen Ankunft abreisest, so ist es immer noch früh genug. Es wäre mir sehr beruhigend, wenn ich in diesen sorgenvollen Tagen dich so lange als möglich in meiner Nähe behalten könnte."

„Gute Luise! Welch ein Trost du mir bist, das vermag ich nicht auszusprechen! Auch möchte ich so lange als möglich in der Nähe des Kranken bleiben; denn wenn ich nicht mehr hier bin und im Gesichte deines Mannes lesen kann, wie es um ihn steht, wird mir die Angst um ihn noch peinlicher werden, als sie schon jetzt ist."

„Nun muß ich meinen Mann wieder ablösen," sagte Luise, ihrer Freundin die Hand reichend und einen Kuß auf die Stirn ihres schlafenden Kindes drückend. „Und du, Helene, wie bringst du den Abend zu?"

„Ich werde deiner Mutter schreiben und mich ihr auf Donnerstag ankündigen; dann wird der Doktor mir sagen, wie ich den für Constanze bestimmten Krankenbericht, welchen ihr Reitknecht um 10 Uhr heute abend abholen soll, abzufassen habe; und endlich", fügte sie tief aufatmend hinzu, „habe ich die Verbände zurechtzuschneiden, deren der Baron morgen bedarf."

„Es ist mir lieb, wenn ich dich beschäftigt weiß; und nun lebe wohl für ein paar Stunden. Brand will heute die Nachtwache übernehmen; bis er sie antritt, wird er bei dir bleiben."

Es war eine schwere Wache, der sich der junge Arzt unterzogen hatte. Die Nacht war schrecklich für den Kranken; die körperlichen und geistigen Qualen, welche derselbe erduldete, waren über alle Beschreibung groß. Die zeitweilige Zerrüttung seiner Vernunft verriet sich in den wirren, unzusammenhängenden Worten, die er unaufhörlich ausstieß, obgleich jeder Ton, den er hervorbrachte, mit vermehrten Schmerzen für ihn verbunden war. Aber so wild und unverständlich seine Reden auch manchmal klangen, ein Gedanke schien sich durch alles hinzuziehen, was den verdunkelten Geist beschäftigte: mit all den abenteuerlichen Bildern, die vor seinem innern Blick auftauchten, verbanden sich die Gestalten seines Sohnes und Helenens. Ihre Namen kamen über seine Lippen fast in jedem Satze, den er sprach, in den wechselndsten Tönen, bald zärtlich, bald heftig, jetzt zürnend, jetzt flehend. Das vom Fiebersturm aufgewühlte Herz mühte sich ab, die Gegenwart von der Vergangenheit zu trennen; aber die Gedanken und Gefühle beider flossen gegen den Willen des Kranken unaufhörlich ineinander.

Der anbrechende Morgen brachte zuerst tiefe Erschöpfung und dann Schlaf. Als der Baron aus diesem erwachte, war es völlig Tag, und Luise saß hütend an seinem Lager. Er blickte mit Bewußtsein um sich und bat sie mit kaum verständlichen, jedoch ganz zusammenhängenden Worten, ihm zu erklären, was mir ihm vorgegangen sei, und wo er sich befinde; denn die Auskunft, die er am vergangenen Abende durch sie erhalten hatte, war seinem geschwächten Gedächtnisse wieder entschlüpft.

(Fortsetzung in der Samstags-Nr.)

tet, es gelte „für jeden Arbeiter, für jeden wirklich denkenden Menschen die Forderung: Raus aus der Kirche!"

Württembergs Katholiken und die Schule.

* **Stuttgart**, 1. Febr. Auf dem in verschiedenen Versammlungen von etwa 20 000 Personen besuchten Katholikentag Groß-Stuttgarts wurde heute u. a. die Schulfrage behandelt. Nachdem der Vorsitzende, der Rottenburger Bischof Dr. von Keppler in seiner Rede vor einem Religionsfrieden gewarnt hatte, in dem die Kinder religiös ausgehungert, in unchristlichen Schulen der Kirche entwöhnt und ihres Glaubens beraubt werden sollten, forderte die Versammlung in einer einstimmig angenommenen Resolution die Erhaltung der Bekenntnisschule als Grundpfeiler der christlichen Erziehung. Die Versammelten erblicken in dem von der Reichsverfassung verbürgten Grundsatz, daß der Wille der Erziehungsberechtigten möglichst zu berücksichtigen sei, das Anerkenntnis eines unverjährbaren Elternrechts und sind entschlossen, diesem mit allen Mitteln zum Ziele zu verhelfen.

Asquith erklärt die Friedensbedingungen für undurchführbar.

W. **Amsterdam**, 1. Febr. Den englischen Blättern zufolge erklärte Asquith in Paisley auf Befragen, die von der Friedenskonferenz den vormaligen Feinden auferlegten Bedingungen seien völlig undurchführbar.

Die Times über Lettow-Vorbeck.

* **Amsterdam**, 1. Febr. Die Times schreibt in einem Leitartikel über General Lettow-Vorbeck, dessen Feldzugserinnerungen sie veröffentlicht: Die Größe des Generals liegt in der hervorragenden Entschlossenheit, die ihn durch Tausende von Prüfungen des vierjährigen Tropenfeldzuges hochhielt. Nur die moralische Kraft seiner gebieterischen Persönlichkeit konnte solches vollbringen. Daß er den Krieg so rein und ritterlich führte, war von den Kennern seiner Art erwartet worden. Das Ueberraschende dabei war die Standhaftigkeit seiner Truppen. Ihr Verhalten zeigte, wie gefährlich es gewesen wäre, Deutschland ein tropisches Reich zu lassen.

Ausland.

Die polnische Armee in Gefahr.

* **Berlin**, 2. Febr. Aus Helsingfors wird der Deutschen Allgemeinen Zeitg. gemeldet: Die Rote Armee ist in unaufhaltsamem Vormarsch gegen Galizien. Die polnische Front bei Kaminec-Podolsk wurde in einer Breite von 80 Kilometern von den Bolschewisten durchbrochen. Die polnischen Nachhuten werden verfolgt. Die Lage der Polen in Ostgalizien ist sehr ernst. Auch an den andern Fronten setzen die Bolschewisten ihren Vormarsch fort. In Warschau wird die Lage sehr ernst beurteilt. Fortwährend finden Verhandlungen mit den Vertretern der Entente statt. Ohne sofortige und ausreichende Unterstützung durch die Entente würde Polen kaum dem Druck der Bolschewisten standhalten.

Rumänien und die Bolschewisten.

* **Paris**, 31. Jan. Nach der Chicago Tribüne ist der Belagerungszustand in Rumänien verhängt worden, weil General Averescu mit den Bolschewisten Frieden schließen wollte. Ein größerer Teil der Bevölkerung sei für ihn. Nach der Chicago Tribüne ist ein Gerücht im Umlauf, daß in nächster Zeit ein französischer Marschall nach Bukarest gesandt werden soll, um die dortigen Bevollmächtigten über die Aufstellung eines Planes für einen Feldzug gegen die Bolschewisten zu beraten.

Der bolschewistische Rubel rollt.

W. **Budapest**, 31. Jan. Nach einer Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus über die Untersuchung, die über den gegen den Oberkommandanten Horthy für den 8. Dezember geplant gewesenen Putsch geführt wird, war der Sitz der Verschwörung Wien. Dahin wurde die Zentrale der mitteleuropäischen bolschewikischen Agitation verlegt. Durch diese Zentrale steht auch Lenin, der für die bolschewistische Werbearbeit in Berlin 50 Millionen Rubel hinterlegte, mit Bela Kun in Verbindung. Er stellte das Geld der Wiener Zentrale zur Verfügung. Nach eingehender Darstellung der Vorbereitungen des Anschlages erklärt das Blatt, es gehe aus dem Ergebnis der Untersuchung zweifellos hervor, daß die Wiener ungarischen Kommunisten die Sozialistenherrschaft unter Führung Michael Karolyis wiederherstellen wollten.

Kleine Nachrichten.

— Der französische Minister des Auswärtigen, Stephen Pichon, der mit Clemenceau zurückgetreten ist, hat den schon früher von ihm bekleideten Posten des politischen Leiters und Verwaltungsratsvorsitzenden beim Pariser Petit Journal wieder übernommen.

— Die Assistenz- und Hilfsärzte der Universitäts-Kliniken Wiens beschlossen, am Dienstag früh in den Ausstand zu treten, da nicht alle ihre Wünsche erfüllt worden sind.

Musikalisches.

Zweites Sonder-Konzert.

Das zweite Sonder-Konzert in der Aula der Oberrealschule setzte fort, was das erste begonnen hatte: hervorragende Tagesbevorzugtheiten des Musiklebens in ihrer besonderen künstlerischen Eigenart zu Worte kommen zu lassen. Nach dem Pianisten Fischer von damals war es dieses Mal die Kammersängerin Frau Elisab. van Endert und der Cellist Herr Emanuel Feuermann.

Frau Elisabeth van Endert brachte eine Auswahl von Liedern zu Gehör, die gleichzeitig eine interessante Linie der neueren Entwickelung des Liedes darstellte: vom Romantiker, für das moderne Lied aber sehr wichtigen Schumann über den musikalischen Psychologen Hugo Wolf zu dem mitten im tätigsten Schaffen stehenden Richard Strauß. Von Schumann sang uns Frau van Endert am besten zu Dank jene wunderbaren, in Stimmung, Musik und Poesie getauchten Werkchen „Die Mondnacht" und „Der Nußbaum". Trotzdem liegt ihr der liebenswürdig, deklamatorische Ton besser, den Wolf, zum Teil wenigstens, in seinen vier Liedern anschlägt, der aber besonders den „Fünf kleinen Liedern" von Richard Strauß zu Gute kam. Das sind, nicht nur für Neuß, ganz neue Werke des Meisters. Allerdings echte Kinder ihres Schöpfers, die seine Eigenart an der Stirne tragen. Interessant sind sie unter allen Umständen, und doch möchten wir sie nicht mit diesem, in der musikalischen Kritik etwas anrüchigen Eigenschaftswort abtun. Das fabelhafte Können dieses Komponisten, das besonders in der farbenprächtigen, häufig bis an die Grenzen der Kühnheit gehenden Bearbeitung der Klavierpartie zur Geltung kommt, läßt die hier und da sich zeigende Sprödigkeit der Stimmführung kaum bemerkbar werden und fasziniert den Hörer unwillkürlich. Das diesen Liedern Sängerin wie Klavierspielerin (Frau Toni Klein) nur vermöge und infolge ihrer hervorragenden künstlerischen und musikalischen Fähigkeiten gerecht werden könnten ist bei Strauß nun mal nicht anders, auch wenn es sich bei ihm nur um „kleine" Lieder handelt. Das bekanntere „Ständchen" desselben Komponisten bot darnach Frau van Endert den drängenden Zuhörern noch als Zugabe.

Herr Feuermann spielte Altes und Neues: Ein A-moll-Konzert des französischen Komponisten Saint-Saëns, eine Sonate des alten Violinisten Locatelli (1693—1764) und Variationen des Russen Tschaikowsky. Auch das war gut so: Denn so lernte man am besten alle Seiten dieser fast mit einem Schlage bekannt gewordenen und immer bekannter werdenden jungen Berühmtheit kennen. Wir erwähnen besonders den immensen Ton, den der junge Künstler seinem Instrument zu entlocken versteht, was man bei der etwa eckig aussehenden Bogenführung gar nicht vermuten sollte, und unter den vielen technischen Fertigkeiten des Virtuosen den jedenfalls meisterhaften, jeder Schnelligkeit gewachsenen gestoßenen Strich, der sich am glänzendsten im 1. Satze der Locatelli-Sonate zeigte. Man darf aufs höchste auf die weitere Entwickelung Feuermanns, deren Bahn vom virtuosen Element sich jetzt mehr der rein musikalischen Seite, der musikalischen Gestaltung und Plastizität des Spiels zuwenden muß, gespannt sein. Wir hier in Neuß, das ja von seinem Hauptwirkungsorte Köln nicht gar zu weit entfernt ist, hoffen, diese Entwickelung mit verfolgen zu können.

Vermischtes.

KF. **Das Flugzeug im Dienste der Städtebaukunst.** Die Fliegerphotographie erweist sich, nachdem sie für kriegerische Zwecke zu hoher Vollkommenheit ausgebildet wurde, auch für friedliche Ziele als außerordentlich wertvoll. Besonders gewinnt die Städtebaukunst wichtige Aufschlüsse durch diese Aufnahmen aus der Vogelperspektive. Genaue Stadtpläne können dadurch auf die einfachste Weise gewonnen werden. In England benutzt man das Flugzeug bereits in ausgedehntem Maße zu diesem Zwecke, und verschiedene Stadtbehörden haben beschlossen, die Städte regelmäßig in bestimmten Zeiträumen aus der Luft zu photographieren, wodurch ein sehr aufschlußreiches Material gewonnen wird. Die Londoner Behörden beabsichtigen eine vollständige Aufnahme Londons mit Hilfe von Fliegerphotographien durchzuführen. Die Anfertigung dieser Photographien, die die Zahl von mehreren Tausenden erreicht, wird allerdings in diesem Falle besonders erschwert, denn die Undurchsichtigkeit der Londoner Luft macht auch bei dem schönsten Wetter das Photographieren mühevoll und schwierig.

Der Strom.

Von Hans Sturm (Berlin).

Wie geht der Strom so ruhig seine Bahn —
Ruhlos bei allem Hin- und Widerstreifen
Vergißt er nie sein Ziel, den Ozean.

Und deine Seele soll durchs Dunkel schweifen? —
Mit Kinderaugen schau Natur dir an,
Und lern' die Weisheit aus den Dingen greifen!

Deutsch oder nicht deutsch?
Die Grenzmarken in Gefahr!
Gib Deine
Grenz-Spende
für die Volksabstimmungen
auf Postscheckkonto Berlin 73776
oder auf Deine Bank!
Deutscher Schutzbund, Berlin NW 52

Karten- und Lustbarkeitssteuer-Ordnung der Gemeinde Glehn.

Auf Grund des Beschlusses des Gemeinderates von Glehn vom 29. Dezember 1919 wird hierdurch in Gemäßheit der §§ 15, 18 und 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. 7. 1893 unter Aufhebung der Lustbarkeitssteuerordnung vom 11. 3. 1913 und des Nachtrages hierzu vom 11. 7. 1919 nachstehende Karten- und Lustbarkeitssteuerordnung im Bezirke der Gemeinde Glehn erlassen:

I. Kartensteuer.

§ 1.

Für die im Bezirke der Gemeinde Glehn stattfindenden nachfolgenden Veranstaltungen wird, wenn die Teilnahme von der Zahlung eines Geldbetrages abhängig gemacht ist, worüber ein Ausweis, (Eintritts-, Einlaß-, Platz- oder Kontrollkarte, Programm, Bons und dergl.) verabfolgt werden muß, an Kartensteuer erhoben:

1. Tanzlustbarkeiten.

Bis 12 Uhr nachts 50 Proz. des Eintrittsgeldes, bis 1 Uhr nachts 60 Proz. des Eintrittsgeldes, bis 2 Uhr nachts 75 Proz. des Eintrittsgeldes.

Wird von geschlossenen Vereinen und Gesellschaften kein Eintrittsgeld erhoben, für jede Einlaßkarte bis 12 Uhr nachts 2Mk., bis 1 Uhr nachts 3 Mk., bis 2 Uhr nachts 4 Mk.

Dies gilt auch für die sog. Mittelkränzchen und den Schlußball eines Tanzkursus.

2. Konzerte, Theatervorstellungen und Vorträge,

sofern sie nicht den Charakter der Tingel-Tangel haben:

Bis 12 Uhr nachts 25 Proz. des Eintrittsgeldes, bis 1 Uhr nachts 50 Proz. des Eintrittsgeldes,

Auswärtige Vereine: bis 12 Uhr nachts 50 Proz. des Eintrittsgeldes, bis 1 Uhr nachts 75 Proz. des Eintrittsgeldes.

3. Tingel-Tangel, Variétee-Theater und ähnliche Aufführungen (z. B. Vorstellungen von Gymnastikern, Zauberkünstlern und dergl.):

a. wenn nur Herrn (oder ein Herr) mitwirken: bis 12 Uhr nachts 50 Proz. des Eintrittsgeldes, bis 1 Uhr nachts 75 Proz. des Eintrittsgeldes,

b. wenn auch nur eine Dame mitwirkt bis 12 Uhr nachts 60 Proz. des Eintrittsgeldes, bis 1 Uhr nachts 80 Proz. des Eintrittsgeldes.

4. Preiskegeln, Preisschießen

oder andere öffentliche Preiskämpfe um Geld- oder Wertgegenstände 50 Proz. des Einsatzes.

5. Preisturnen, Pferde-, Rad-, Motorrennen,

Wettfahren, Wettlaufen, Luftballonauffahrten und sonstige sportliche Veranstaltungen 50 Proz. des Eintrittsgeldes.

6. Kinomathographen,

Theater lebender Photographien, Marionetten-, Affentheater, Panoramen, den Betrieb von Schaubuden, Veranstaltung eines Jahrmarktes, Kostümfestes oder ähnlicher öffentlicher Belustigung 50 Proz. des Eintrittsgeldes.

7. Cirkus-Vorstellungen, Menagerien

und ähnliche Veranstaltungen 25 Proz. des Eintrittsgeldes.

8. Karnevalssitzungen:

Bis 12 Uhr nachts 50 Proz. des Eintrittsgeldes, bis 1 Uhr 75 Proz. des Eintrittsgeldes.

9. Tragen von Masken:

Pro Person 3 Mark.

Für die über diese festgesetzten Zeiten ausgedehnten Tanzlustbarkeiten gelten die gleichen Bestimmungen wie unter § 5 Ziffer 1 Absatz 2.

§ 2.

1. Alle sonstigen Veranstaltungen werden als öffentliche Lustbarkeiten nach Maßgabe der in den §§ 5 und 6 dieser Ordnung enthaltenen Bestimmungen besteuert. Die dort genannten festen Sätze werden auch dann erhoben, wenn die Kartensteuer die Höhe dieser Sätze nicht erreicht, dann aber unter Anrechnung der Kartensteuer.

2. Die Steuersätze des § 5 sind ferner maßgebend, wenn in den Fällen des § 1 Nr. 1—8 Ausweise nicht verabfolgt werden; unterbleibt diese Ausgabe jedoch in der offenkundigen Absicht, die Kartensteuer zu umgehen, so wird der vierfache Satz der Lustbarkeitssteuer erhoben.

3. Wenn einem Teile der Besucher keine Ausweise verabfolgt werden, sodaß diese keine Kartensteuer entrichten, kommen die festen Sätze neben der Kartensteuer zur Erhebung.

§ 3.

1. Für Ausweise, welche die Berechtigung zum Eintritt ohne Beschränkung auf eine bestimmte Zahl von Veranstaltungen geben (Dauerkarten) sind als Steuer bei der Ausgabe 75 Proz. des Preises zu entrichten.

2. Bei Ausweisen, welche die Berechtigung zum Eintritt auf eine bestimmte Zahl von Veranstaltungen beschränken (Dutzend-Abonnementskarten) wird die Steuer nach dieser Zahl berechnet und mit der Lösung der Ausweise fällig.

3. Für Ausweise, die mehrere Personen zum Besuche berechtigen, ist das entsprechende vielfache der Steuer und, wenn die zugelassene Personenzahl auf dem Ausweise nicht angegeben ist (Familienkarten) das Fünffache derselben nach Maßgabe der Ziffer 1 und 2 zu entrichten.

4. Der Unternehmer darf den Zutritt zu seinen Veranstaltungen, bei denen eine Kartensteuer erhoben wird, allen Teilnehmern nur gegen Vorzeigung einer versteuerten oder als steuerfrei bezeichneten Einlaßkarte gewähren. Unentgeltlich ausgegebene Eintrittskarten (Freikarten, Passepartouts usw.) können vom Bürgermeister auf Antrag von der Steuer befreit werden, müssen dann aber mit dem amtlichen Vermerk als „steuerfrei" gekennzeichnet werden. Die mißbräuchliche Benutzung derartiger Karten unterliegt, falls nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, der Strafbestimmung des § 17. Die bei der Veranstaltung dienstlich tätigen Beamten, sowie die in Ausübung ihres Gewerbes oder Berufes anwesenden Personen (Mitwirkende, Kellner usw.) bedürfen keiner Eintrittskarte.

§ 4.

Für die Erhebung der Kartensteuer gelten folgende Vorschriften:

1. Jeder Ausweis muß außer Zeit, Ort, Art und Eintrittspreis der Veranstaltung den Betrag der dafür zu entrichtenden Steuer angeben, oder den amtlichen Vermerk „Steuerfrei" enthalten. Die zu versteuernden Ausweise selbst sind mit fortlaufender Nummer zu versehen und vor ihrer Verwendung in Bogen oder Blocks dem Bürgermeisteramte zur Abstempelung vorzulegen.

Die Ausgabe der Ausweise muß der Kontrolle wegen stets der laufenden Nummer nach erfolgen. Sie sind während der Dauer der Veranstaltung den Besuchern zu belassen, damit sie von Letzteren den kontrollierenden Beamten jederzeit vorgezeigt werden können.

2. Andere als nach vorstehenden Bestimmungen abgestempelte oder gefertigte Ausweise dürfen nicht zur Ausgabe gebracht werden.

3. Der Veranstalter bezw. Lokalinhaber ist verpflichtet, den vom Bürgermeisteramt beauftragten Beamten jederzeit Einsicht in die in Betracht kommenden Bücher und Belege zu gestatten, jede gewünschte Auskunft zu erteilen und den Zutritt zu den Räumlichkeiten, in denen die Veranstaltungen stattfinden, zu gewähren, auch sind ihnen auf Ersuchen die Ausweise vorzuzeigen.

II. Lustbarkeitssteuer.

§ 5.

Die Lustbarkeitssteuer wird, sofern nicht die Kartensteuer-Bestimmungen Platz greifen, von folgenden Veranstaltungen erhoben:

1. Oeffentliche Tanzlustbarkeiten an den von der Regierung freigegebenen Tagen, wenn kein Eintrittsgeld erhoben wird:
   bis 12 Uhr nachts 50 M.
   bis 1 Uhr nachts 100 M.
   bis 2 Uhr nachts 200 M.
   Für alle Tanzlustbarkeiten über 2 Uhr nachts hinaus für jede angefangene Stunde mehr 300 M. Dies trifft auch die bereits durch die Kartensteuer getroffenen Tanzlustbarkeiten. Die Erhebung von Tanzgeld ist gänzlich verboten.
2. Gesangs- oder deklamatorische Vorträge bezw. Komikervorträge mit und ohne Musikbegleitung
   a) wenn nur Herren (oder ein Herr) die Vorträge halten
      bis 12 Uhr nachts 50 M.
      bis 1 Uhr nachts 150 M.
   b) wenn auch nur eine Dame mitwirkt:
      bis 12 Uhr nachts 100 M.
      bis 1 Uhr nachts 200 M.
3. Gewerbsmäßige musikalische Vorträge in Gast- und Schankwirtschaften usw. (ohne Tanz)
   bis 12 Uhr nachts 30 M.
   bis 1 Uhr nachts 150 M.
4. Karnevalistische Herrensitzungen von Vereinen, bei welchen kein Eintrittsgeld erhoben wird:
   bis 12 Uhr nachts 25 M.
   bis 1 Uhr nachts 150 M.
5. Automatischer Betrieb:
   a) eines Grammophons, Phonographen, Klaviers oder eines sonstigen durch mechanische Kraft in Bewegung gesetzten Musik- oder ähnlichen Werkes (ohne Tanz) jährlich 50 M.
   b) eines Orchestrions (ohne Tanz) jährlich 100 M.
6. Betrieb von Schieß- und sonstiger der Ergötzung und Unterhaltung dienender Automaten und Apparaten, mit Ausnahme der unter Nr. 5 bezeichneten Automaten, sofern sie für den öffentlichen Betrieb freigegeben sind, jährlich 15 M.
7. Veranstaltung eines öffentlichen Preiskampfes 100 M.
8. Veranstaltung einer Kunstreitervorstellung geringen Umfanges, wenn bei derselben ein Eintrittsgeld bis zu höchstens 50 Pfg. erhoben wird, oder die Höhe des Eintrittsgeldes ins Belieben des Zuschauers gestellt oder durch Tellersammlungen aufgebracht wird, 20 M.
9. Karussells (ausschließlich der in den Gärten der Wirte oder auf Spiel- und Sportplätzen zur unentgeltlichen Benutzung für das Publikum aufgestellten), wenn dieselben bewegt werden
   a) durch Menschenhand 30 M.
   b) durch Pferdekraft 75 M.
   c) durch Dampf oder sonstige mechanische Kraft 150 M.
10. Schaukel, Rutsch-, Berg-, Tal- oder Drahtseilbahn (ausschl. der in den Gärten der Wirte oder auf Spiel- und Sportplätzen zur unentgeltlichen Benutzung für das Publikum aufgestellten)
    a) einer einfachen Schaukel, Rutsch-, Berg-, Tal- oder Drahtseilbahn 50 M.
    b) einer sog. russischen Schaukel oder durch mechanische Kraft betriebenen, desgl. einer Rutsch-, Berg-, Tal- oder Drahtseilbahn 75 M.
11. Betrieb eines Panoramas, Panoptikums, Wachsfigurenkabinetts, Museums, Menagerien, für Vorstellungen von Marionetten und Affentheatern, Gymnastikern, Equilibristen, Ballet- und Seiltänzern, Taschenspielern, Zauberkünstlern, Bauchrednern, Hypnotiseuren, Gedankenlesern, Kraftmenschen, und anderen Darstellern, Schaustellungen von Merkwürdigkeiten, wie Zwerge, Riesendamen usw., auch wenn letztere zur Bedienung der Gäste verwendet werden 50 M.
12. Halten einer Schießbude 50 M.
13. Halten eines Hyppodroms 50 M.
14. Halten einer Würfel- oder Spielbude, eines Glücksrades oder ähnlichen Glücksspiels, Benutzung von Drehbretern — mit Ausnahme der in Kuchenbuden zur Ausspielung von Kuchen aufgestellten — und die Veranstaltung von Ball-, Ring- und Plattenwerfen 50 M.
15. Halten einer Elektrissermaschine 15 M.
16. Sonstige Veranstaltungen, Aufzüge mit Musik innerhalb der Gemeinde Volksbelustigungen u. s. w. 5 M.

Wenn bei den einzelnen Sätzen nichts anders bemerkt ist, stellt der angesetzte Betrag die Steuer für den Tag dar.

§ 6.

Den öffentlichen Lustbarkeiten werden diejenigen gleichgestellt, die von Vereinen oder geschlossenen Gesellschaften veranstaltet werden. Ausgenommen sind hierbei diejenigen Vereine, die nicht lediglich zum Zwecke der Veranstaltung eines Preiskegelns usw. gebildet sind, und die Veranstaltung lediglich auf die Mitglieder beschränken.

III. Gemeinsame Bestimmungen.

§ 7.

Sofern bei Veranstaltung von Lustbarkeiten Blumen, Postkarten oder sonstige Abzeichen, Lose für kleinere Verlosungen verkauft werden, sind 50 Prozent des Verkaufspreises zu entrichten. Für letztere gelten die Bestimmungen des § 4.

§ 8.

Werden von den Lustbarkeiten mehrere zu einem Feste vereinigt, so ist von jeder einzelnen Lustbarkeit die festgesetzte Abgabe zu entrichten.

§ 9.

Jede steuerpflichtige Veranstaltung muß spätestens 48 Stunden vorher auf dem Bürgermeisteramte angemeldet und dabei die Kartensteuer sowie die Lustbarkeitssteuer ganz gezahlt werden. Ueber die erfolgte Anmeldung und Anzahlung wird eine Bescheinigung ausgestellt.

Die Jahressteuer, welche für das Steuerjahr — 1. April bis 31. März — berechnet wird, ist in halbjährlichen Teilbeträgen im voraus, spätestens bis zum 15. April und 15. Oktober eines jeden Jahres zu entrichten; sie kann aber auch in einer Summe für das ganze Jahr im voraus gezahlt werden.

Soweit es sich um eine Jahressteuer handelt, ist für die im Laufe des Halbjahres begonnenen Lustbarkeiten die volle Steuer für das betr. Halbjahr zu entrichten.

Wer den Betrieb im Laufe eines Halbjahres einstellt, hat für diesen keinen Anspruch auf Erstattung der Steuer.

§ 10.

Gezahlte Steuerbeträge werden zurückerstattet, wenn die Veranstaltung nachweislich nicht stattgefunden hat und hiervon innerhalb des nächsten Werktages Anzeige erstattet ist. Der bei der Anmeldung zu viel eingezahlte Kartensteuerbetrag wird nur gegen Uebergabe der nicht abgesetzten Ausweise zurückerstattet.

§ 11.

Die Abrechnung über die Höhe der Kartensteuer muß spätestens an dem auf den Veranstaltungstag folgenden zweiten Werktage bis 12 Uhr mittags auf dem Bürgermeisteramte erfolgen. Bei der Abrechnung hat der Unternehmer oder Lokalinhaber ein Verzeichnis der insgesamt ausgegebenen Tageskarten, der bei der betr. Veranstaltung benutzten Abonnementskarten, Dutzendkarten usw. einzureichen, sowie die unbenutzt gebliebenen Eintrittskarten und die sonstigen Ausweise behufs Entwertung abzuliefern. Wird hierbei die für die Höhe des gemeindlichen Steueranspruchs maßgebende Zahl der ausgegebenen steuerpflichtigen Eintrittskarten nicht richtig oder überhaupt nicht nachgewiesen, so wird die für die betr. Veranstaltung zu entrichtende Kartensteuer durch den Bürgermeister in einer Gesamtsumme innerhalb der Grenzen von 100 bis 1000 M. festgesetzt.

§ 12.

Steuerfrei bleiben folgende Veranstaltungen:

1. Veranstaltungen, denen ein höheres wissenschaftliches oder Kunstinteresse obwaltet; letzteres jedoch nur, falls auf Seiten des Unternehmers die Absicht der Gewinnerzielung nicht besteht und falls ein von der zuständigen Staatsbehörde anerkannter Kunstschein vorliegt.
2. Die von den Arbeitgebern ihren Arbeitern und Angestellten gegebenen Festlichkeiten, sowie die regelmäßigen Uebungen von Gesangvereinen, Musikgesellschaften und Vereinigungen in nicht öffentlichen Räumen, sofern mit diesen eine Tanzlustbarkeit nicht verbunden ist.
3. Schlafzinsen, deren Reinertrag der Wohltätigkeit bestimmt ist.
4. Veranstaltung zur Feier eines allgemein gefeierten Nationalen Gedenktages, wenn sie innerhalb einer Woche vor oder nach dem Gedenktage stattfinden und nach der Ueberzeugung des Bürgermeisters den Charakter einer patriotischen Feier tragen.

Sonstige Veranstaltungen, bei denen es sich um einen vaterländischen, gemeinnützlichen oder erzieblichen Zweck handelt, unter der Voraussetzung, daß nicht getanzt wird.

5. Aus kirchlicher Veranlassung stattfindende Veranstaltungen.
6. Gelegenheitstänze, die nach dem Spiel eines Orchestrions, Musikautomaten oder Phonographen oder nach dem Klavier oder einem sonstigen Musikinstrumente ohne Erhebung von Tanz- oder Eintrittsgeld ausgeführt werden und nicht über 2 Stunden und nicht über 9 Uhr abends hinaus dauern. Ebenso die Uebungsstunden der Tanzkurse, sofern sie nur von Teilnehmern des Kursus besucht werden.
7. Volksfest des Schützenvereins bei Gelegenheit der Spätkirmes am Sonntag und Montag und am Abend vor der Kirmes; für die an den übrigen Kirmestagen seitens der Schützenvereine veranstalteten Tanzlustbarkeiten werden die Sätze des § 1 erhoben.
8. Veranstaltungen der Freiw. Feuerwehr bei Gelegenheit eines einmaligen Stiftungsfestes im Jahre.

§ 13.

Gastwirte und Saalbesitzer dürfen die Abhaltung steuerpflichtiger Veranstaltungen, unvorhergesehene Fälle ausgenommen, in ihren Räumen nicht dulden, bevor ihnen die Anmeldebescheinigung oder der Nachweis der Steuerfreiheit vorgelegt ist.

Für nicht vorhergesehene Lustbarkeiten muß die Steuer am nächsten Werktage nach vorheriger Anmeldung auf dem Bürgermeisteramte entrichtet werden.

Für Zahlung und Zuwiderhandlungen haftet neben dem Veranstalter solidarisch der Besitzer (Inhaber des Grundstücks oder Lokales) in — auf — welchem die Veranstaltung stattfindet.

§ 14.

Der Bürgermeister ist befugt, zur Vereinfachung des Geschäftsganges mit einzelnen Steuerpflichtigen besondere Vereinbarungen über Anmeldungen und Zahlungstermine zu schließen.

§ 15.

Unberührt bleiben die im Bezirke der Gemeinde Glehn erlassenen, die Veranstaltung von öffentlichen Lustbarkeiten betreffenden polizeilichen Vorschriften.

§ 16.

Die nach dieser Steuerordnung zu zahlenden Steuern und Strafen unterliegen, sofern sie nicht innerhalb der durch diese Ordnung festgesetzte Frist gezahlt werden, der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren.

§ 17.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Ordnung unterliegen neben der Verpflichtung der Nachzahlung der Steuer einer Strafe bis zu 30 M.

§ 18.

Vorstehende Ordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Glehn, den 29. Dezember 1919.

Der Bürgermeister: Scherer.

Genehmigt.

Neuß, den 14. Januar 1920.

Der Kreisausschuß des Landkreises Neuß.
Frhr. v. Lünick.

(L. S.)

Vorstehende Karten- und Lustbarkeitssteuer-Ordnung, zu der der Herr Regierungs-Präsident am 24. Januar 1920, J. D. 611 seine Zustimmung erteilt hat, wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Glehn, den 31. Januar 1920.

Der Bürgermeister: Scherer.

Dormagen.
Zahnpraxis Blenz
Ab 1. Februar täglich Sprechstunden 8 bis 12, 2 bis 5 Uhr.
Telefon 73.

Möbel-Verkauf.
Bevor Sie Möbel kaufen, sehen Sie sich die grosse Auswahl in Speise-, Schlafzimmer und Küchen bei mir an. — Billigste Preise. — Lieferung frei Haus.
Jos. Doppstadt,
Breitestr. 43.



vernichtet verblüffend
Goldeinlage
5-fach stark, geruchlos mit Kopfwasch-Tabletten Packung f. eine Kur ausreichend M. 3.75 Vorzugspack. M. 6.6 u. in rotgelb. Kart. in Apotheken und Drogerien.

Zum An- u. Verkauf
v. Möbeln, Schuhen u. Kleidern hält sich bestens empfohlen
Aug. Nießen,
9 Glockhammer 9.

Bettnässen
Abhilfe sofort
Alter u. Geschlecht ang. Auskunft ums. Sanitas-Depot Halle a. S. 502 a.

Zu verkaufen:
2 Cylindergebläse,
fast neu, pro St. M. 500,—
1 Kraftfederhammer
mit Ambos, leicht gehend, M. 8000,—,
Hobelbänke,
gebrauchte Räder,
Wagenbau-Material
u. s. w.
Otto Drechsel Erben,
M.Gladbach,
Rheydterstraße 114/133.
Fernruf 151.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich

Fernsprecher Nr. 55. Fernsprecher Nr. 55.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. * Als Beigabe das St. Quirinusblatt.
Preis für den Monat durch Boten in Neuß in's Haus gebracht Mk. 2.00.
Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.
Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Köln 41800.

Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9gespaltene Zeile 80 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.00 Mark, und für die 4gespaltene Reklamezeile 3.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 39. | Redaktion: Jos. Grunau. | Mittwoch, 4. Februar 1920. (Veronika.) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. | 47. Jahrgang.

Der Hinweis auf das Schiedsgericht.

Das päpstliche Blatt „Osservatore Romano" hat soeben mit der größten Entschiedenheit sich, wie gemeldet, gegen die Verfolgung des Kaisers Wilhelm ausgesprochen und damit glühende Kohlen gesammelt auf das Haupt der Heher, die zu behaupten wagen, „Rom" sei der geschworene Feind der Hohenzollern.

In der Kundgebung, die so mutig für den Schutz des besiegten Monarchen eintritt, verdient besondere Beachtung der Hinweis auf das Schiedsgericht. Es wird da ausgeführt: Ein Schiedsgericht des Völkerbundes würde eine Anfrage Hollands, ob es zur Auslieferung verpflichtet sei, sicherlich mit Nein beantworten.

Darin steckt eine vernichtende Kritik der Rachepolitik, die von den Machthabern der Entente betrieben wird. Sie deklamieren in den höchsten Tönen von der „Gerechtigkeit" und bezeichnen als Ziel ihres ganzen Strebens, daß fortan in der Welt Recht vor Macht gehe. Aber das geeignete Mittel, um das Reich der Gerechtigkeit im Völkerleben zu begründen, nämlich die schiedsrichterliche Entscheidung der Streit- und Zweifelsfragen, schieben sie beiseite, wenn der Richterspruch ihren gewaltsamen Plänen gefährlich werden könnte.

Bei dem Notenwechsel über das „Schlußprotokoll" zum Friedensvertrage war bekanntlich von deutscher Seite beantragt worden, die Prüfung und Entscheidung in einer Ersatzpflichtfrage einem Schiedsgericht zu übertragen. Das wurde schroff abgelehnt mit der Bemerkung, es handle sich hier um die Auseinandersetzung zwischen dem Sieger und dem Besiegten. Damit wurde die Diktatur des Uebermächtigen proklamiert, der sich um keinen Rechtsspruch zu kümmern braucht.

Bei dem Konflikt zwischen Holland und der Entente handelt es sich aber nicht um „Sieger und Besiegte", sondern um einen Streit mit einem neutralen Staat, der am Kriege gar nicht beteiligt war und also auch von den obsiegenden Mächten in keiner Weise angetastet werden darf. Obendrein ist die aufgeworfene Streitfrage im wesentlichen rechtlicher Natur. Es handelt sich darum, ob es völkerrechtliche Vorschriften gibt, die Holland zwingen könnten, etwas zu tun, was seinem eigenen Staatsgesetze nicht entspricht. Die Prüfung dieser angeblichen Verpflichtung Hollands ist vorzüglich, wie kaum eine andere Frage, für den schiedsrichterlichen Austrag geeignet.

Vorausgesetzt natürlich, daß wirkliche Richter die Entscheidung treffen, d. h. unabhängige und unparteiische Personen, die nichts anderes verkünden, als was sie in ihrem ehrlichen und freien Gewissen als Recht erkannt haben. Wenn man freilich aus dem angepriesenen Völkerbunde nichts anderes macht als eine verbrämte Fortsetzung der Kampfgenossenschaft der Sieger und die sog. Gerichte einseitig aus willfährigen Gehilfen der Machthaber zusammensetzt, dann bleibt das ganze ein Hohn auf Gerechtigkeit und Rechtspflege.

Ein „Schiedsgericht", das in ähnlicher Weise gebildet wäre, wie die Strafgerichte für den Kaiser und die anderen verfolgten Deutschen geplant sind, würde durchaus keine Rechtssicherheit bieten und weder den Holländern noch uns imponieren können. Aber ein wirkliches Schiedsgericht mit den Garantien der Unabhängigkeit, Unbestechlichkeit und reinen Sachlichkeit wäre ein gewaltiger Kulturfortschritt und könnte zum größten Segen für die friedensbedürftige Welt werden.

Alle müssen dem Vatikan dankbar sein, wenn er bei diesem Anlaß darauf hinweist, was die siegreichen Machthaber trotz aller klangvollen Versprechungen der Welt schuldig geblieben sind. Es gibt keinen richtigen Völkerbund, es gibt kein richtiges Schiedsgericht. Es wird nur der Völkerhaß weiter gepflegt, und der Austrag der Streitigkeiten wird nach wie vor auf dem rohen Wege der Gewalt betrieben.

Neuerdings heißt es, die Entente wolle darauf verzichten, Holland durch wirtschaftlichen Druck (die bewährte Blockade!) zur Auslieferung zu zwingen, aber sie müsse wenigstens durchsetzen, daß Holland sicher interniere und Gewähr leiste gegen eine politische Tätigkeit. Das soll „großmütig" klingen, wäre aber doch eine Vergewaltigung, ein Unrecht gegen Holland und gegen den unglücklichen Kaiser zugleich. Der Sinn für Gerechtigkeit ist noch nicht zum Durchbruch gekommen.

Vielleicht bahnt sich in Italien eine bessere Moral an. Wenigstens läßt der besondere Appell des päpstlichen Blattes an die italienische Regierung vermuten, daß man dort an der Treibjagd auf den Kaiser keinen Gefallen mehr findet. Der Regierungswechsel in Frankreich hat zwar den robusten Clemenceau beseitigt; doch das Wollen und Können seiner Nachfolger ist noch unklar. Die Entscheidung liegt offenbar bei dem englischen Machthaber Lloyd George. An dessen Gemüt zu appellieren, wäre vergebens; doch schließlich muß doch auch der kritische Verstand ihm sagen, daß bei der Fortsetzung der Kaiserjagd weder Ehre noch Vorteil zu erwarten ist.

Der Siegesrausch muß erst verfliegen, die Leidenschaften müssen gedämpft werden; dann wird sich die Erkenntnis durchringen, daß die Welt einen ehrlichen Völkerbund und ehrliche Schiedsgerichte braucht, um zum richtigen Frieden zu gelangen, und man wird dem heiligen Stuhle dankbar sein für den zeitgemäßen Hinweis auf das, was leider noch fehlt.

Zur Neugliederung des Reiches.

Ein Unterausschuß.

* **Berlin**, 2. Febr. In der gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts wurde über den Antrag der Preußischen Landesversammlung wegen Herbeiführung des Einheitsstaates beraten.

Es herrschte Einigkeit darüber, daß die Reichsverfassung eine ausreichende Grundlage dafür gewähre, die einheitlichen Grundlagen des Reiches zu erhalten und auszubauen. Die Besorgnis, namentlich bei den süddeutschen Staaten, als ob das Reich beabsichtige, gegen ihren Willen ihre politischen Rechte zu schmälern, wurde daher allerseits als unbegründet erklärt. Es wurde auch anerkannt, daß bei der notwendigen Dezentralisation, die in einem Reiche von der Größe Deutschlands ungeachtet seiner staatsrechtlichen Konstruktion, die immer erforderlich sein werde, und die nach mancher Richtung vielleicht sogar eine Erweiterung ertragen könne, keine Veranlassung vorliege, die Gebilde der süddeutschen Staaten umzuformen.

Anderseits wurden die Schwierigkeiten, den preußischen Staat in ein dezentralisiertes Reich einzugliedern, nicht verkannt. Aber auch hier verspricht man sich Abhilfe, nicht in den unhistorischen Gedanken einer Zerschlagung Preußens, sondern ging davon aus, daß die Entwickelung des Reiches mit seinen vergrößerten Zuständigkeiten von selbst gewachsen ist und weiter wachsen wird. Darüber, daß auf dem Wege der Dezentralisation Preußens weitergegangen werden muß, war man einig. Man verkannte weiter nicht, daß sich aus der gemeinsamen Verantwortung, die das Reich und Preußen für manche große politischen Aufgaben tragen, sich Schwierigkeiten ergeben könnten, wie das auch unter der alten Reichsverfassung immer wieder der Fall war. Es soll deshalb geprüft werden, wie man dieser Schwierigkeiten durch eine engere Fühlungnahme Herr werden kann.

Zur weiteren Klärung der Fragen wurde ein Unterausschuß aus drei Reichsministern und drei preußischen Ministern gebildet.

Soweit der Bericht des DZ-Bureaus. Es geht aus ihm nicht hervor, wie man sich bei dieser Besprechung den „organischen" Gang der Entwickelung gedacht hat. Wie die Zentrumspartei denkt, hat der Reichsparteitag gezeigt, auf dem eine Entschließung angenommen worden ist, in der es u. a. heißt:

Organischer Ausbau des Reiches unter Zugrundelegung der Verfassung von Weimar in der Weise, daß gleichberechtigte und möglichst gleichwertige Länder gebildet werden. Soweit in der beteiligten Bevölkerung nach den Vorschriften des Artikels 18 der Wille geschlossen staatlichen Weiterlebens als selbständiges Land zum Ausdruck kommt, bleiben Umfang und verfassungsmäßige Rechte der betreffenden Länder gewahrt.

Soweit auf Grund des Artikels 18 der Wille zur Schaffung neuer Länder geäußert wird, soll sie auf der Grundlage tunlichster landsmannschaftlicher Zugehörigkeit und im Sinne der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung des Volkes geschaffen werden.

Diese Entschließung spricht klarer und deutlicher als der Satz im obigen Bericht über die Sitzung der beiden Kabinette: „Die Schwierigkeiten, den preußischen Staat in ein dezentralisiertes Reich einzugliedern, würden nicht verkannt" usw. An Deutlichkeit läßt auch die Stellung der hessischen Zentrumspartei nichts übrig, wie aus dem folgenden Bericht hervorgeht. Um Preußen gehts, um die Beseitigung seines überragenden Einflusses.

* **Mainz**, 2. Febr. In einer Versammlung der hessischen Zentrumspartei in Mainz äußerte sich der hessische Justizminister von Brentano eingehend über das Schicksal Hessens. Er müsse denjenigen in der Zentrumspartei danken, die den Gedanken des Föderalismus bei aller Treue zum Angestammten vertreten, und sich dafür einsetzen, daß endlich die Vorherrschaft Preußens gebrochen werde. Ueber die Orientierung Hessens meinte Brentano, vor allem müssen wir die Frage lösen, Hessen als deutsches Gebiet zu erhalten, entweder durch Anschluß an einen süddeutschen Staat oder durch Vergrößerung, selbstredend auf verfassungsmäßigem Wege, aber Hessen darf keineswegs unter dem Scheingrund des Unitarismus zu einer preußischen Provinz werden.

Preußische Landesversammlung.

* **Berlin**, 2. Februar 1920.

Die zehnte Sitzung der Preußischen Landesversammlung wies die bisher größte Tagesordnung auf. Sie umfaßte nämlich 141 Punkte, die auf 15 Druckseiten enthalten sind. Die Tagesordnung ist deshalb so umfangreich geworden, weil von Punkt 24 an sämtliche Mittschriften, die der Landesversammlung zugegangen sind, erledigt werden sollen. Nach 3 Uhr begann **Adolf Hoffmann** mit einer Rede, die sich vor allem gegen die Ausführungen des Ministers Heine richtete. In seiner Rede führte Hoffmann aus, daß die Kohlennot in der gesamten Wirtschaft nicht auf das Konto der Arbeiter gesetzt werden dürfe. Die Schuld liege daran, daß man die Wasserkräfte unter der alten Regierung und unter der Herrschaft der Konservativen nicht ausgenutzt habe. Ueber unsere Wirtschaftsnot sprach er verschiedene Sätze, die Heiterkeit hervorriefen. So meinte er, wenn jetzt eine Rechtsregierung käme, so würde es natürlich mit den Lebensmitteln besser werden, denn es seien noch größere Mengen auf dem Lande vorhanden, die dann herausgegeben würden, um dem Volke zu zeigen, was die neue Regierung leisten könne. Wahre Lachsalven löste es aus, als man aus Hoffmanns Erzählungen hörte, man spreche im Ernst davon, daß für den 5. Februar von rechts ein Putsch geplant sei, daß man sogar Wilhelm II. aus Amerongen holen wolle, um ihn vor der Auslieferung zu schützen. Gegen Minister Heine erhob er den Vorwurf, daß er für die Beschuldigung, unabhängige Blätter würden mit ausländischem Gelde unterstützt, noch keinen Beweis erbracht hätte. Es fehlt auch an Beweisen dafür, daß am 13. Januar ernsthaft eine Erstürmung des Reichstages beabsichtigt gewesen sei. (Heiterkeit.) Adolf Hoffmann verliest dann einen Brief des Herausgebers der Rheinischen Republik. Er enthält eine Erwiderung auf die Darlegungen des Ministers Heine aus der vergangenen Woche, besonders soweit sie die Person des Herrn Baumann betreffen. Dieser sei als Spitzel der preußischen Regierung anzusehen. Der Verleger der Rheinischen Republik kündigt an, daß er sich in seiner nächsten Nummer noch deutlicher aussprechen werde. Hoffmann schließt, indem er in den Saal hineinschreit: „Diese Regierung braucht man nicht zu stürzen, sie wird an ihrer Verlogenheitssucht zugrunde gehen."

Abg. **Garnich** (Deutsche Vp.): Die sozialdemokratischen Parteien sollten ihren häuslichen Streit außerhalb des Hauses austragen, damit wir hier mehr zu positiver Arbeit kommen. (Sehr richtig!) Wir begrüßen es, daß der Eisenbahnminister den unhaltbaren Zuständen in den Werkstätten ein vorläufiges Ende bereitet hat. Warum ist das nicht ein halbes Jahr früher geschehen? Das jetzige Verfahren erinnert doch mehr an den Brunnen, den man zudeckt, nachdem das Kind hineingefallen ist.

Abg. **Sierig** (Soz.) begrüßt es, daß die Regierung jetzt energisch gegen die Landarbeiterkündigungen vorgeht. Er erklärt daß die Hetze gegen Erzberger von den Rechtsparteien so scharf geführt worden sei, daß sie jetzt ihre Hände nicht in Unschuld waschen könnten. Einen wirtschaftlichen Burgfrieden wünsche auch er durchaus, damit alle zusammenhalten, um die schwere Zeit, die uns noch bevorsteht, zu überwinden.

Abg. **Gronowski** (Ztr.) ist der Ansicht, daß, wenn in früheren Jahren mit den Bergarbeitern so verständig verhandelt worden wäre, wie jetzt, uns mancher große Schaden erspart geblieben wäre. Der Tarifabschluß mit den Eisenbahnern muß aufs schärfste beschleunigt werden. Es geht nicht an, daß ein 25jähriger Arbeiter, der eben in ein Werk eintritt, ebensoviel verdient, wie ein 50jähriger Arbeiter, der schon 25 Jahre im Betrieb tätig ist. Es muß mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß unsere Eisenbahnen am 1. April mit einem neuen Defizit von 4 Milliarden an das Reich abgegeben werden. In politischer Hinsicht hat die äußerste Rechte nicht umgelernt und die äußerste Linke nichts dazugelernt. An dem Zusammenbruch hat auch die Rechte einen großen Teil Schuld. Wir arbeiten mit an dieser Regierung, um größeres Unglück zu verhüten und auch eine begründete Rücksichtnahme auf unsere Weltanschauung zu erzielen. Den Belagerungszustand halten wir auch heute noch für notwendig, so lange die Unabhängigen ihre Taktik und ihre politische Betätigung nicht ändern. Ebenso muß auch das Zeitungsverbot, das erlassen worden ist, um die Verhetzung der Arbeitermassen zu verhüten, aufrecht erhalten bleiben.

Damit schließt die Besprechung. Der Antrag der Unabhängigen auf Ablehnung des Belagerungszustandes wird gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt.

Das Haus erledigt dann ohne Aussprache eine große Reihe Petitionen. Dienstag 12 Uhr: Anfragen und Fortsetzung der Beratung über das Hausangestelltenrecht. Schluß 6.30 Uhr.

Aus dem Reich.

Um die Elternbeiräte.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Abg. Dr. Porsch hat mit Unterstützung der ganzen Fraktion in der Preußischen Landesversammlung folgende Anfrage eingebracht: Der Ministerialerlaß über die Bildung von Elternbeiräten soll dazu dienen, die Gemeinschaftsarbeit zwischen Schule und Elternhaus zu fördern. Ob aber dieser allgemein begrüßte Zweck durch den Erlaß in seiner jetzigen Gestalt erreicht wird, erscheint sehr zweifelhaft. Er gibt nicht nur zu mancherlei Bedenken Anlaß, sondern enthält auch viele Unklarheiten. Im einzelnen wünschen wir Antwort auf folgende Fragen: 1. Weshalb hat sich das Ministerium für die Form der Elternbeiräte entschieden, statt die von bedeutenden Verbänden der Schulinteressenten u. a. von der organisierten Lehrerschaft, gewünschten Schulbeiräte einzuführen, die auch den Schein einer Aufsichtsstelle vermeiden. 2. Wie denkt man sich ein ersprießliches Zusammenarbeiten zwischen den durch das V.-U.-G. vorgesehenen Schulkommissionen und den Elternbeiräten, da beide Selbstverwaltungsorgane einzelnen Schulen zur Seite treten und fast wesensgleiche Aufgaben haben? 3. Die Wahlordnung für die Elternbeiräte erscheint lückenhaft und gibt Anlaß zu vielfachen Rückfragen. Wir bitten daher, insbesondere folgendes zu erklären: a) Haben Pflegeeltern, die allein und vollständig für das Kind sorgen, Stimmrecht? b) Wie soll das Stimmrecht außerhalb des Schulorts wohnender Eltern gewahrt werden? Können sie ihr Stimmrecht auf Bevollmächtigte übertragen? c)

Wie das Hochwasser von 1920 in Zons und seinen Feldern gehaust hat.

Jetzt, da das Wasser des Rheines bald wieder in sein Bett zurückgekehrt ist, ist es dem Beobachter bei einem Spaziergang durch die kleine, alte Festung Zons und die darumliegenden Felder und Wiesen möglich, sich ein Bild davon zu machen, welche Gewalt eine Wassermenge wie die des letzten Hochwassers besitzt. Das Wasser, welches zuerst durch die Dämme zurückgehalten wurde und nur durch die ihm vorgelegten Wege, nämlich durch die Schleusen, sich langsam über die Wiesen und tieferliegende Felder ausbreitete, kam allmählich, wie die Wasserhöhe im Rheine die Höhe der Dämme überragte, mit aller Gewalt an die alten und ehrwürdigen Stadtmauern herangebraust. Diese Mauern boten denn auch den Häusern zuerst einen guten Schutz; jedoch das Grundwasser hatte sich schon in den meisten Kellern breit gemacht, und manche Vorräte konnten nicht so schnell herausgeschafft werden, daß sie vor dem schnellsteigenden Wasser geschützt werden konnten. Das Wasser stieg jetzt so schnell, daß es an den in Zons angelegten Kanälen heraussprudelte, und bald war es so hoch, daß es an der östlichen Seite seinen Einzug in das Städtchen Zons halten konnte. Bis dahin hatte die geängstigte Bevölkerung dieser Straßen noch immer auf ein Zurückgehen gehofft, aber nun wurde sie eines schlimmeren belehrt. In diesen Straßen ging jetzt ein Rennen und Jagen vor sich, wie es sich schlimmer nicht gedacht werden kann. Kinder liefen, halb angekleidet in die höhergelegenen Häuser; das Vieh wurde fortgeschafft, die Häuser mußten so schnell wie möglich geräumt werden. Die Möbel wurden eiligst in die oberen Räume gebracht, viele waren nicht mehr in der Lage, das noch zu bewältigen, und mancher mußte bis an den Leib im Wasser watend sein Vieh in Sicherheit bringen. In dieser Zeit hatten die Bewohner anderer Straßen einen Damm innerhalb Zons angelegt, um ihre Wohnungen zu schützen. Die alten Stadtmauern hatten bis jetzt ihre Pflicht getan und wacker standgehalten, aber der Druck wurde immer stärker, und an verschiedenen Stellen drang schon langsam das Wasser durch die Mauern. Jetzt hielt der neu angelegte Damm innerhalb Zons auch nicht mehr den Druck des Wassers aus, er brach, und in kurzer Zeit war Alles unter Wasser; fast zur selben Zeit brach auch unter großem Getöse am Feldtor ein Loch in die Stadtmauer, und wälzte sich das Wasser nun von zwei Seiten, Alles mit sich fortreißend, in die Straßen. Kaum konnten die Leute ihr nacktes Leben retten; sie mußten alle ihre Vorräte sowie die Möbel dem Wasser überlassen. Jetzt wurden Kähne herbeigeschafft und die am schlimmsten gefährdeten Bewohner in höhergelegene Häuser gebracht; auch wurde das Vieh so viel wie möglich mit den Kähnen fortgeschafft; was nicht fortgeschafft werden konnte, wurde noch schnell abgeschlachtet. Mittlerweile hatte das Wasser in Zons an verschiedenen Stellen 2½—3 Meter Höhe erreicht. Viele Bewohner hatten sich Flöße gemacht, um sich und ihr Vieh versorgen zu können. Die Einwohner waren fast alle in die oberen Stockwerke geflüchtet. Wasser und Lebensmittel wurden mit den Kähnen herbeigeschafft und mittels Stangen und Stricke in die oberen Stockwerke befördert.

Das Wasser hat in Zons eine Höhe erreicht, daß es über die Dämme hinweg in direkter Verbindung mit dem Rhein stand. Dadurch ist es vorgekommen, daß in manchen Wohnungen Fische gefunden wurden, die beim Fallen des Wassers nicht schnell genug mit zurückgegangen waren. Heute nun, wo das Wasser wieder ganz aus Zons zurückgegangen ist, kann man erst ermessen, welch ungeheurer Schaden entstanden ist. Fast in allen Häusern hat das Wasser meterhoch gestanden. Fußböden, Türen, Möbel und Wände, alles ist feucht und beschädigt und sehr vieles gänzlich vernichtet. Dabei fehlt es fast überall an Bremsstoffen. Besonders die ärmere Bevölkerung ist in arger Bedrängnis. Wieviel Elend daraus entsteht, ist noch nicht zu ermessen, weil doch bei dem Wohnen in diesen nassen, kalten und ungeheizten Räumen Krankheiten über Krankheiten entstehen müssen. Und wie sieht das sonst so freundliche Städtchen Zons heute aus! Auf den Straßen fußhoch Sand und Schlamm angeschwemmt, die Häuser vielfach beschädigt, einzelne dem Einsturz nahe, die Stadtmauern vielfach unterspült, in einer Straße ein Loch von 4 Meter Tiefe und 12 Meter im Geviert, und bei all diesem kein Bauholz und keine Baumaterialien am Ort, und Geld ist auch nicht genügend vorhanden, um das alles zu beschaffen. Und nun erst der Schaden an verdorbenen Lebensmitteln sowie Möbeln, Geräten und Futtermitteln, dazu die Schäden an den Dämmen und auf dem Felde. Ganze Aecker sind abgetrieben, und wo vorher das beste Acker- und Gartenland war, ist jetzt nichts als Kies und Schlamm. Die Frucht ist vernichtet. Wenn hier nicht bald ausreichende Hilfe kommt, so werden in Zons Viele gesundheitlich und wirtschaftlich zu Grunde gehen.

T. D.

Dormagen.
Zahnpraxis Blenz
Ab 1. Februar täglich Sprechstunden 8 bis 12, 2 bis 5 Uhr. Telefon 73.

Möbel-Verkauf.
Bevor Sie Möbel kaufen, sehen Sie sich die grosse Auswahl in Speise-, Schlafzimmer und Küchen bei mir an. — Billigste Preise. — Lieferung frei Haus.
Jos. Doppstadt, Breitestr. 43.

Hoffmanns Perlen mit Goldgehalt vernichtet verblüffend
Goldgehalt
Beach stark, geruchlos mit Kopfwasch-Tabletten Packung f. eine Kur ausreichend M. 3.75 Vorzugspack. M. 6 u. in rotgelb. Kart. in Apotheken und Drogerien.

Zum An- u. Verkauf v. Möbeln, Schuhen u. Kleidern hält sich bestens empfohlen
Aug. Nießen, 9 Glockhammer 9.

Bettnässen
Abhilfe sofort
Alter u. Geschlecht ang. Auskunft ums. Sanitas-Depot Halle a. S. 502 a.

Zu verkaufen:
2 Cylindergebläse, fast neu, pro St. M. 500,—
1 Kraftfederhammer mit Ambos, leicht gehend, M. 8000,—
Hobelbänke, gebrauchte Räder, Wagenbau-Material u. s. w.
Otto Drechsel Erben, M.Gladbach, Rheydterstraße 114/133, Fernruf 151.

Wie will man den außerhalb des Schulorts wohnenden Eltern eine Vertretung im Elternbeirate sichern? d) Ist der Schulleiter in den Wahlvorstand wählbar? e) Erscheint es nicht zweckmäßig, den Wahltermin zu den Elternbeiräten in den Beginn des neuen Schuljahres zu legen?

— In Newyork werden täglich ungefähr 6000 neue Fälle von Influenza gemeldet. In den letzten 24 Stunden sind 150 der Erkrankten gestorben.

Wer hat das Wahlrecht für den Elternbeirat?

Die dem Erlaß des Ministers beigegebene Wahlordnung sagt darüber:

„Das aktive und passive Wahlrecht steht den Eltern sämtlicher die Schule besuchenden Kinder zu, auch der Gastschul- und fremden Schulkinder, und zwar sowohl den Vätern als den Müttern, ferner den Adoptiveltern. Wir haben in Nr. 22 den Erlaß und die Wahlordnung nach einer andern Zeitung wiedergegeben und nach Adoptiveltern als wahlberechtigt noch angeführt: „Vormünder, gerichtsbestellte Pfleger und sonstige Personen, denen die Sorge für die Person des Kindes obliegt." Dieser Personenkreis entspricht jenem, der von der Kölner Kreis- und Stadtschulinspektion in den Erläuterungen zu der Wahlordnung bezeichnet wird. Es heißt dort: „Unter dem Begriff Adoptiveltern fallen auch Pflegeeltern, bei Waisen Vormund, überhaupt alle diejenigen, welche für den Schulbesuch des Kindes verantwortlich sind." Damit dürfen wohl alle Zweifel behoben sein.

Die Minister im Rheinland.

* **Köln,** 3. Febr. Im Muschelsaale des Rathauses wurden die zum Besuche der Rheinlande erschienenen preußischen Minister in feierlich-ernster Weise durch das Stadtoberhaupt, Herrn Oberbürgermeister Dr. Adenauer empfangen und begrüßt. Er wies in längerer Begrüßungsansprache auf die schwere Lage des Rheinlandes hin, das ein Pfand in der Hand des Siegers sei. Niemand könne ahnen, welche Seelenqualen und Nöte dieses Wort in sich schließe. Die Gerechtigkeit erfordere es, festzustellen, daß die oberste britische Verwaltungsbehörde Gerechtigkeit, Verständnis und sogar teilnahmsvolles Mitgefühl gezeigt hätte. Trotzdem beherrscht ein fremder Wille weite Gebiete des privaten und öffentlichen Lebens, ein Los, das nach der Meinung der Rheinlande nicht immer das nötige Verständnis der Bevölkerung jenseits des Rheines gefunden habe. Die Rede schloß mit dem Bekenntnis der Rheinlande zu dem einen großen Ziel eines großen starken, geachteten freien einigen deutschen Volkes.

Ministerpräsident Hirsch antwortete in längeren Ausführungen. Die Staatsregierung habe die erste Gelegenheit ergriffen, persönlich in engere Fühlung mit dem Rheinlande zu treten. Sie gebe das Gelöbnis, daß ihre Versuche zur Milderung der dem Rheinlande aufgezwungenen Verwaltungsmaßnahmen nicht erlahmen würden, bis die Verhältnisse sich erträglicher gestaltet hätten und werde weiterhin Einspruch erheben gegen Maßnahmen, die mit dem Friedensvertrage nicht vereinbar seien.

Gewiß ist jetzt des deutschen Volkes Winter, aber töricht würde es sein, die Kraft des Baumes am entlaubten Stamme abzuschätzen und zu vergessen, daß die Ströme des Wirtschaftslebens, die jetzt das Eis deckt, einst wieder die Schiffe tragen werden.

Soweit allein staatspolitische Erörterungen mitspielen, bedarf es einer besonderen klaren Aussprache. Es ist nicht richtig, daß ein Bedürfnis nach staatlichen Umformungen am Rhein begründeter wäre als irgendwo sonst. Anderseits kann darüber kein Zweifel bestehen, daß eine staatliche Umformung, wie sie im werdenden Staatsrecht des ganzen Deutschen Reiches sich zu gestalten beginnt, wie den Versuch machen würde, den Ländern dasjenige an kultureller Eigenart zu nehmen, das sie mit Recht für sich fordern dürfen. Das gilt für jeden deutschen Gau gleichmäßig. Das gilt gleichmäßig für das gesamte preußische Volk und für seine Führer, zu deren politischen Aufgaben es in erster Linie gehört, alle mit dem Staatsganzen verträglichen Freiheiten zu schirmen und zu fördern. Bei dieser Sachlage wäre es ebenso wenig würdig, angeblich gestützt auf loyale Erklärungen loyaler Parteien, staatspolitische Begriffe zu verschieben und so zu einer Wendung vom „föderativen Einheitsstaat" zu gelangen, wie es auch nicht ehrlich wäre, für eine landsmannschaftliche Eigenart zu kämpfen, die gar nicht gefährdet ist. Bei den hier in Rede stehenden Fragen ist der Kern der, entweder eine Stärkung oder eine Schwächung des Ganzen zu wollen. Das ist das Zentralproblem in der ganzen deutschen Geschichte gewesen, das auf unsere Weise unter den gegenwärtigen Verhältnissen lösen zu helfen unsere besondere Aufgabe sein wird. Die Art, in der der Geisteskampf in beiden Lagern geführt wird, zeigt jetzt schon, wessen Sache die bessere ist.

Bei den trennenden Kräften drängt es mich, von noch anderen Gedankengängen zu sprechen, in denen es der eine dem anderen gegenüber noch etwas an dem brüderlichen Verständnis hat fehlen lassen, das das edelste Kennzeichen einer Gemeinschaft ist, die die Würde des im Staate zusammengeschlossenen Volkes darstellt. Wenn Sie sich in Ihrem Herzen und in Ihrem Geiste das dunkle Los breiter Schichten des Volkes im Kriege und nach der Niederlage vergegenwärtigen, so werden Sie eher geneigt sein, manchen Ueberschwang dieser Schichten bei ihrem Streben zum Aufstieg milder zu beurteilen. Glauben Sie es dem ernsten Geiste des deutschen Volkes und glauben Sie es dem werktätigen Volke, daß sein Streben nach Mitbestimmung nicht einem verantwortungslosen Machthunger entspricht, sondern daß es sich seiner Pflicht der Mitverantwortung voll bewußt ist.

Wenn Sie von dieser weiten, des Geistes Ihrer Väter, die in diesem Saale Rat pflogen, würdigen Warte aus Ihre Augen auf die Gebiete, auf die ich sie lenken durfte, richten werden, sei es auf die Besatzungsverhältnisse, sei es auf die staatspolitischen Neugestaltungsbestrebungen, so werden Sie nirgends etwas erblicken, was uns dauernd trennt, aber überall das, was uns allen hier und dort und immerdar gemeinsam am Herzen liegen wird: ein freies Volk im freien Land zu sein.

Finanzminister Dr. Südekum erklärte, daß das Staatsministerium gerne bereit sei, die Schäden der großen Ueberschwemmungskatastrophe nach Möglichkeit zu lindern. Das Staatsministerium sei sich bewußt, daß doppelt gibt, wer schnell gibt. Es gebe Hilfsbedürftige, denen unmittelbar geholfen werden muß. Das seien diejenigen, die am meisten mitbetroffen sind, auf denen unsere Zukunft ruht, die Kinder. In Köln und in den anderen vom Hochwasser heimgesuchten Orten sind die Familien vielfach gezwungen, in die noch nicht wieder ganz trockenen Wohnungen zurückzukehren, womit eine schwere Gefährdung der Gesundheit unseres ohnehin empfindlich darbenden Volkes verbunden ist. Es sei eine besondere Freude der preußischen Staatsregierung, diesen armen Kindern zu helfen und eine Gabe zu überreichen mit der Bestimmung, daß dadurch den Kindern der besonders Geschädigten die Möglichkeit eines Landaufenthaltes geboten werden soll. Zu diesem Zwecke übergab der Finanzminister dem Oberbürgermeister eine Zahlungsanweisung über den Betrag von 100 000 Mark.

Der Oberbürgermeister dankte namens der Bürgerschaft Kölns wie auch im Namen der für die Verwendung der Spende in Betracht kommenden Familien in herzlicher Weise.

Die Minister und übrigen Vertreter der preußischen Staatsregierung besichtigten darauf kurz die historisch bemerkenswerten Räume des Rathauses und begaben sich dann zum Hansasaal, wo Oberbürgermeister Dr. Adenauer einen längeren interessanten Vortrag über die baulichen und wirtschaftlichen Zukunftsfragen der Stadt Köln hielt. Hierbei wurden auch die Pläne des projektierten Grüngürtels im ehemaligen Festungsgelände erläutert. An den Vortrag schloß sich nach 11 Uhr eine Rundfahrt durch die von der Hochwasserkatastrophe betroffenen Stadtgebiete.

* **Köln,** 3. Febr. Bei einem Besuch der Minister in der Handelskammer äußerte sich deren Präsident Louis Hagen u. a.:

Es müsse vor allem die Ein- und Ausfuhrfrage geregelt werden. Man sei bereit, die Regierung zu stützen, aber die Regierung müßte Sorge tragen, daß wenigstens eine Stunde am Tage mehr gearbeitet werde. Ohne Arbeit keinen Export und ohne Export keine Erfüllung des Friedensvertrages. Gehe Deutschland von dem Irrwege der verkürzten Arbeitszeit, auf dem ihm das Ausland nicht gefolgt sei, nicht wieder ab, so sei die Katastrophe unvermeidlich.

Finanzminister Südekum versicherte, daß alles Vorgebrachte Gegenstände ernstester Erwägungen seien. Die ganze schwere, bittere und ruchlose Ungerechtigkeit der Lage im Rheinland habe die Staatsregierung erst heute erkannt. Er stellte die Modifikation der achtstündigen Arbeitszeit als nicht unmöglich in Aussicht. Der zunächst gangbare Weg sei allerdings der der freiwilligen Ueberschicht, die im höheren Grade bereits geleistet werde und auch in den Hütten- und Bergwerken nicht unmöglich sein dürfte.

Handelsminister Fischbeck teilte mit, daß die Frage der Verlegung des Arbeitsnachweises für die Rheinprovinz von Köln nach Düsseldorf noch nicht entschieden sei.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat.

* **Berlin,** 3. Febr. Der Reichsrat beschäftigte sich in einer öffentlichen Sitzung am Montag abend unter dem Vorsitz des Ministers Dr. David mit der Verordnung über den Vorbereitenden Reichswirtschaftsrat. Namens des Ausschusses berichtete Ministerialdirektor von Holtendorff.

Der im Wege der Verordnung zu errichtende Vorbereitende Reichswirtschaftsrat soll der Reichsregierung bei wichtigen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Gesetzentwürfen gutachtlich zur Seite stehen. Er soll das Recht haben, selbst Vorlagen zu beantragen. Die vorläufige Regierung war notwendig, weil der endgültige Reichswirtschaftsrat einen ganz festen Unterbau bekommen soll in Gestalt von Bezirkswirtschaftsräten u. s. w und dieser Unterbau nicht so schnell geschaffen werden kann, wie wir ihn brauchen würden. Auch bezüglich der Zusammensetzung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates ist es nicht möglich gewesen allen Wünschen zu entsprechen.

Der Vorbereitende Reichswirtschaftsrat soll sich folgendermaßen zusammensetzen: 62 Vertreter der Forst- und Landwirtschaft, 2 Vertreter der Gärtner, 4 Vertreter der Fischerei, 62 Vertreter der Industrie, 40 Vertreter des Handels, der Banken und des Versicherungswesens, 34 Vertreter des Verkehrs, der städtischen Betriebe und der örtlichen Unternehmungen, 20 Vertreter des Handwerks, 20 Vertreter der Verbraucherschaft, 12 Vertreter der Beamtenschaft und der freien Berufe, 12 mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Landesteile vertraute Personen, die vom Reichsrat zu ernennen sind, 12 von der Reichsregierung nach ihrem Ermessen zu ernennende Personen, die durch besondere Leistungen die Wirtschaft des deutschen Volkes in hervorragendem Maße gefördert haben oder zu fördern geeignet sind.

Der Reichsrat nahm ohne weitere Erörterung die Verordnung an, die nunmehr dem volkswirtschaftlichen Ausschuß der Nationalversammlung zur Genehmigung eingericht werden soll.

Die Verminderung der Brotration.

* **Berlin,** 3. Febr. Zur bevorstehenden Verminderung der Brotration wird dem Berliner Lokal-Anzeiger halbamtlich gemeldet: Die Lage der Getreideversorgung hat sich in den letzten Tagen noch nicht so gebessert, wie es mit Rücksicht auf die kürzlich gewährte Prämie erhofft worden ist. An der sinkenden Anlieferung ist die ungenügende Kohlenversorgung der Landwirtschaft wesentlich mitschuld. Obwohl, wie bereits vor einigen Tagen mitgeteilt worden ist, energische Maßnahmen ergriffen worden sind, um in dieser Richtung Abhilfe zu schaffen, ist eine Erleichterung zurzeit noch nicht zu verzeichnen. Infolgedessen wird eine Herabsetzung der Ration von 250 auf 200 Gramm in der nächsten Zeit vorübergehend unvermeidlich werden. Die ungünstige Gestaltung der Valuta in der letzten Zeit erhöht die Schwierigkeiten, Brotgetreide aus dem Ausland zu erwerben. Es muß daher auch aus diesem Grunde mit der inländischen Ernte so sparsam wie möglich verfahren werden.

Der neue Tarif im Bergbau.

* **Essen,** 3. Febr. Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau sind gestern in später Abendstunde die schwebenden Tarifvertragsverhandlungen zum Abschluß gebracht worden. Allen über 20 Jahre über und unter Tage beschäftigten Arbeitern wird vom 1. Februar an durchschnittlich eine Lohnerhöhung von acht Mark, den jüngeren Arbeitern eine entsprechend geringere, gewährt. Das Kindergeld, das bisher 20 Pfennig je Schicht und Kind betrug, ist auf eine Mark erhöht. Darin ist eingeschlossen der Betrag für die Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise. Außerdem wird ohne Rücksicht auf das Alter den unter Tag beschäftigten Arbeitern eine feste Schichtzulage von drei Mark gegeben. Ferner wurde die Höchstzahl der Urlaubstage von sechs auf neun erhöht mit der Maßgabe, daß auf die über sechs Tage hinausgehenden Urlaubtage für das Urlaubsjahr 1920/21 verzichtet, dafür jedoch die Urlaubsvergütung gezahlt wird.

Auch Solf abgelehnt?

* **Berlin,** 3. Febr. Die Reihe der Ablehnungen wird durch die Neue Züricher Zeitung um einen weiteren Namen vermehrt. Es handelt sich um Dr. Solf, der für Tokio bestimmt war. Auch gegen seine Ernennung soll von Japan aus ein ziemlich deutliches Abwinken erfolgt sein.

Erzberger gegen den Major Düsterberg.

* **Berlin,** 3. Febr. Der Reichsfinanzminister Erzberger hat gegen den Major Düsterberg wegen der Behauptung, ein von ihm an den Kriegsminister gerichteter Brief sei im Bureau Erzbergers Berlin, Budapesterstraße 14, geöffnet worden, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.

Hindenburgs Erinnerungen.

Wie die Tägliche Rundschau hört, werden Hindenburgs Erinnerungen unter dem Titel Aus meinem Leben Ende März in S. Hirzels Verlag in Leipzig erscheinen. Hindenburg erzählt darin in schlichter Weise von seinem Werden, von den Jahren des Friedens und des Krieges. Er schließt mit zuversichtlichen Worten an die deutsche Jugend, in unerschütterlichem Glauben an die deutsche Kraft.

Ausland.

Friedensangebot der Sowjetregierung an Polen.

* **Stockholm,** 2. Febr. Die russische Sowjetregierung hat an die polnische Regierung ein förmliches Friedensangebot gerichtet, in dem es heißt:

Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß die Imperialisten des Verbandes Polen in einen unglücklichen Krieg treiben wollen. Die Politik der Räteregierung hat die Unabhängigkeit und Souveränität der polnischen Republik anerkannt und wird sie immer anerkennen. Die Räteregierung beabsichtigt keinerlei Angriffspolitik, und die roten Truppen werden die gegenwärtige Frontlinie in Weißrußland nicht überschreiten. Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß er weder mit Deutschland noch mit einer anderen Macht einen Vertrag abgeschlossen hat, der sich mittelbar oder unmittelbar gegen Polen richtet, und gibt sich der Hoffnung hin, daß alle strittigen Fragen durch freundschaftliche Verhandlungen zwischen Rußland und Polen gelöst werden.

Von der Zusammenkunft König Alberts mit Poincare.

* **Berlin,** 3. Febr. Aus Karlsruhe erfahren die Politisch-Parlamentarischen Nachrichten: Bei den Besprechungen, die zwischen König Albert und dem Präsidenten Poincare in Ypern stattfanden, wurde insbesondere die luxemburgische Frage besprochen. Dabei handelt es sich vor allem um die luxemburgische Wilhelmsbahn, die vor 1871 durch die französische Ostbahngesellschaft verwaltet worden war. Belgiens Wünsche gingen dahin, daß Frankreich auf dieses Recht verzichte, während umgekehrt die französische Regierung wegen des großen Wertes, den die Bahn für die Eröffnung des Saarbeckens und den Verkehr nach dem linken Rheinufer besitzt, auf seinem Recht beharren will. In der Besprechung wurden nun Richtlinien festgelegt, denen zufolge Belgien an der Verwaltung teilnimmt. Die zweite wichtige Frage, über die verhandelt wurde, betrifft die Uebertaxe, die bei einigen Waren beim Transport von Frankreich erhoben wurde, um seine heimische Industrie zu schützen. Für einen großen Teil der Waren war diese Uebertaxe bereits in Fortfall gekommen, um Antwerpen allein zum Hauptumschlagshafen für Elsaß-Lothringen zu machen. Frankreich hat Belgien auch hierin weitere Erleichterungen zugesagt.

Gegen Habsburg.

* **Paris,** 2. Febr. Havas meldet: Die Botschafterkonferenz hat in ihrer heutigen Sitzung eine Entschließung gefaßt, in der der ungarischen Regierung, wie den Regierungen Oesterreichs, Südslawiens und Tschechiens mitgeteilt wird, daß die Wiederherstellung der habsburgischen Monarchie in Ungarn weder anerkannt, noch geduldet werden könnte.

Stadtverordnetensitzung.

○ **Neuß,** den 3. Februar 1920.

An Stelle des erkrankten Herrn Oberbürgermeisters führt Herr erster Beigeordneter Klein den Vorsitz. Eine Anzahl Stadtverordneter fehlt, da die Grippe auch in diesem Kreise ihre Wirkung zeigt. Das Publikum ist anfangs nur schwach vertreten, mehrt sich aber etwas gegen ½7 Uhr. Der Vorsitzende schlägt vor, die ersten 22 Punkte in öffentlicher Sitzung zu beraten. Von sozialdemokratischer Seite wird gewünscht, auch Punkt 23 und 24 (Bezüge und Anstellung der Hilfsangestellten) öffentlich zu behandeln. Stadtv. Jos. Josten (Ztrn.) beantragt, diese beiden Punkte da die finanzielle Wirkung nicht vorliege, auf eine Woche zu vertagen. Ebenso Punkt 27 (Gehaltsregulierung des Direktors der gewerblichen Fortbildungsschule), da der Antrag leider nicht zur Hand sei.

In der längeren Debatte widersprechen dem Braun (Mehrh.-Soz.) und Schulenberg (Kriegsb.). Dr. D'heil (Dem.) ist für Vertagung, da man doch finanziell klar sehen müsse und auch die Besoldungskommission mit der Sache zu befassen sei. Inzwischen könne man ja vorläufig die Bezüge der Hilfsangestellten um 30 Proz. erhöhen.

Stadtv. Fischer (Ztr.) bedauert, daß der Antrag nicht der Besoldungskommission vorgelegen hat. Diese bleibe ja gar nicht mehr im Bilde und komme zu Kollisionen mit andern Beamtenbezügen. Bei den Hilfsangestellten bestehen auch selbst noch Differenzen, man sage, der Ausschuß sei über seine Befugnisse hinausgegangen.

Stadtv. Braun (M.-S.) entgegnet, mit 30 Proz. werde man nicht gerecht. Seit Dezember datiere die Sache. Die Schuld trage die Verwaltung, welche die Aufrechnung nicht gemacht. Bei den Beamten habe man sie sofort gehabt.

Stadtv. Josten (Ztr.): Es widerstrebt, Summen zu bewilligen, die man nicht kennt. Bei vernünftigen Angestellten könne es nicht übel aufgenommen werden, wenn die Sache um 8 Tage verschoben werde.

Stadtv. Andermahr (Ztr.): Die Sache solle keineswegs auf die lange Bank geschoben werden. Die Festlegung in drei Klassen habe aber Beschwerden wachgerufen. Auch seien nicht alle Bürovorsteher über die ihnen unterstellten Kräfte gehört worden.

Stadtv. Derstappen (D. V.) tritt für Vertagung ein.

Stadtv. J. V. Grunau (Ztr.) bemerkt, das Ziel der Regelung sei doch, Ruhe und Befriedigung in die Reihen der Hilfsangestellten zu tragen. Nach dem heutigen Stand der Dinge, bei den vorhandenen Differenzen, werde das aber nicht der Fall sein. Deshalb ist es notwendig, diese vorab auszuräumen in der Besoldungskommission, damit dann ganze Arbeit geleistet werde.

Herr Braun (M.-S.) hält die Differenzen nicht für erheblich.

Herr Linden (D. V.) wünscht Vertagung.

Herr Rinke (M.-S.) ist für sofortige Erledigung, er verstehe nicht, wie man bisher keine Zeit zu den Berechnungen gehabt habe. Das sei Verschleppungspolitik der Verwaltung.

Mit 20 gegen 18 Stimmen wird die Vertagung angenommen.

Hierauf tritt das Kollegium in die Tagesordnung ein.

Beschaffung eines zweiten Abfuhrwagens für die Reinigung der Straßensinkkästen.

Beig. Klein führt aus: Der Wagen koste 7500 Mk. Die Anschaffung sei notwendig durch die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und die Erweiterung des Kanalnetzes.

Die Versammlung stimmt zu.

Straßenbaukosten der Hansastraße.

Beig. Klein legt dar: Von den Anliegern des zweiten neuausgebauten Teils der Hansastraße sollen Straßenbaukosten von 51,54 Mk. für den Frontmeter gezahlt werden. In der Berechnung sind enthalten: a) die Kosten für den Grunderwerb, b) die Kosten für die Entwässerung, c) die Kosten für die Beleuchtung. Die Kosten für die Befestigung der Fahrbahn, Herstellung der Bürgersteige sowie die Kosten für die fünfjährige Unterhaltung der Fahrbahn und Bürgersteige werden einer besonderen Veranlagung vorbehalten.

Das Kollegium ist einverstanden.

Fluchtlinien für den Berghäuschensweg.

Beig. Klein besagt, es sei eine Breite von 15 Mtr. vorgesehen sowie 5 Meter tiefe Vorgärten.

Widerspruch erhebt sich nicht.

Fluchtlinienänderung für die verlängerte Schorlemerstraße.

Beig. Klein bemerkt: Am 29. Juli 1919 sei die Straßenbreite auf 12 Meter festgesetzt worden. Jetzt werden 8 Meter und 3 Meter tiefe Vorgärten vorgeschlagen. Es handelt sich um den Straßenteil hinter dem Tatterfall.

Das Kollegium stimmt zu.

Erwerb von Straßenterrain.

Beig. Klein führt aus: Es handelt sich um die Häuser Quirinusstraße 2 und 4. Für die 2 Quadratmeter, die in die Straße fallen, sollen 15 Mk. pro Quadratmeter bezahlt werden.

Dagegen erfolgt keine Einwendung.

Abänderung der Waisenordnung.

Beig. Klein legt dar, es läge ein Antrag der Sozialdemokratie auf Abänderung namentlich des § 1 und § 8, der Ordnung vor.

Der alte § 1 lautet:

Einrichtung des Waisenamtes. Das städt. Waisenamt zur Leitung und Beaufsichtigung der gesamten Waisenpflege der Stadt Neuß besteht aus: a) dem Bürgermeister oder einem von demselben beauftragten Beigeordneten als Vorsitzenden, b) sämtlichen Pfarrern der Stadt Neuß, c) aus 16 kath. Waisenräten und einem protestantischen Waisenrat. Letzterer wird für die protestantischen Mündel der ganzen Stadt bestellt während sich die übrigen Waisenräte auf 16 Bezirke verteilen. Die Waisenräte werden auf 3 Jahre von dem Vorsitzender des Waisenamtes und sämtlichen Pfarrern der Stadt gewählt. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der Mitglieder nach der zuerst durch das Los und dann durch das Dienstalter zu bestimmenden Regel aus. Die ausscheidenden Mitglieder sind wieder wählbar. Ersatzmänner werden nur für den Rest der Wahlperiode gewählt.

§8 Absatz 2 lautet in alter Fassung:

Die Wahl der Waisenpfleger und -Pflegerinnen erfolgt durch das Waisenamt auf die Dauer von drei Jahren nach Maßgabe der Bestimmungen des § 1 letzter Absatz. Die Tätigkeit der Waisenbezirke regelt sich nach der besonderen Geschäftsanweisung für die Waisenhausbezirksvorsteher (Waisenräte), Waisenpfleger und Waisenpflegerinnen der Stadt Neuß.

Die Finanzkommission schlage nun folgende neue Fassung vor:

§ 1. Einrichtung des Waisenamtes. Das Waisenamt der Stadt Neuß zur Leitung und Beaufsichtigung der gesamten Gemeindebehörde in Gemäßheit des Art. 77 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerl. Gesetzbuch zugewiesenen Waisenpflege besteht aus: a) dem Oberbürgermeister oder einem von demselben beauftragten Beigeordneten als Vorsitzenden, b) dem Vormundschaftsrichter, den Pfarrern der Stadt und einem Vertreter der israelitischen Gemeinde, c) aus 15 für die einzelnen Waisenbezirke als Bezirksvorsteher in Frage kommenden Waisenräten.

Die Waisenräte werden auf drei Jahre von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Alle zwei Jahre scheidet ein Drittel der Mitglieder nach der zuerst durch das Los und dann durch das Dienstalter zu bestimmenden Regel aus. Die ausscheidenden Mitglieder sind wieder wählbar. Ersatzmänner werden nur für den Rest der Wahlperiode gewählt.

§ 2 Absatz 2. Die Wahl der Waisenpfleger und Pflegerinnen erfolgt durch den gesamten Waisenrat auf die Dauer von drei Jahren nach Maßgabe des § 1 letzter Absatz.

Stadtv. Brose (U. S.) gefällt es nicht, daß die Pfarrer Waisenräte seien, das müßten Personen sein, die Kinder haben.

Vorsitzender macht den Vorredner darauf aufmerksam, daß die Pfarrer nicht Waisenräte seien, die einen Bezirk verwalten, sondern nur Mitglieder des Kollegiums.

Der Entwurf findet darauf Annahme.

Antrag der Kriegsbeschädigten-Organisation betreffend Beschaffungsbeihilfe für Kriegerwitwen.

Es liegt ein Antrag des Zentralverbandes der Kriegsbeschädigten vor, den Kriegswitwen ohne Unterschied 100 Mark, Vollwaisen 50 Mk., den Halbwaisen 30 Mk. Beihilfe zu bewilligen. Das erfordert einen Kostenaufwand von 65 000 Mk.

Die Finanzkommission schlägt dagegen vor, die Summe für außerordentliche Unterstützungen von 5000 auf 25 000 Mk. zu erhöhen. Von anderer Seite wird 40 000 Mk. vorgeschlagen.

Nach längerer Debatte, auf die wir zurückkommen, wird der erste Antrag angenommen.

Kriegsbeschädigtenfürsorge durch das Reich.

Die Stadtverordnetenversammlung faßt auf Anregung der rheinisch-westfälischen Städtevereinigung folgende Entschließung, die den zuständigen Reichsstellen und Abgeordneten überfandt werden soll:

„Vom 1. April 1920 ab können aus kommunalen Mitteln keinerlei laufende Unterstützungen, vielleicht nicht einmal Sonderunterstützungen in Fällen außergewöhnlicher Not in nennenswertem Umfange an Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene oder andere aus Mitteln der Kriegswohlfahrtspflege unterstützte Personen mehr gegeben werden. Es ist daher dringend notwendig, daß das Reich schon vor Annahme der neuen Hinterbliebenen- und Mannschaftsversorgungsgesetze endlich aus eigenen Mitteln die Renten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet derartig erhöht, daß den Opfern des Krieges ein menschenwürdiges Dasein gesichert wird."

Aenderung der Unterstützungssätze für Erwerbslose.

Stadtverordnetenversammlung beschließt unter Abänderung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 4. März 1919 auf Grund der Verordnung des Reichsarbeitsministers betr. Abänderung der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge (in der Fassung vom 23. April 1919) vom 15. Januar 1920 die Unterstützungssätze wie folgt festzusetzen.

Die Unterstützung beträgt vom 5. Februar 1920 ab bis auf weiteres:

1. für männliche Personen a) über 21 Jahre 4 Mk., b) darunter 3 Mk.;

2. für weibliche Personen a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, 3,50 Mk., b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben, 3 Mk., c) unter 21 Jahren 2,25 Mk.;

Familienzuschläge a) für den Ehegatten 2 Mark, b) für die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 1,50 Mk.

Die Familienzuschläge, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen insgesamt das Anderthalbfache der ihm gewährten Unterstützung nicht übersteigen.

Stadtv. Biggemann (Ztr.) weist darauf hin, daß es noch Personen gibt, die seit Beendigung des Krieges fortdauernd die Unterstützung beziehen. Auch diesen müßte zum Bewußtsein kommen, daß heute jeder Deutsche arbeiten müsse, die Liste müsse revidiert werden.

Beig. Klein bemerkt, darauf richte die Kommission ihr Augenmerk. Am 31. Januar betrug die Zahl der Unterstützten 277 männliche, 6 weibliche Personen.

Die Neuordnung wird beschlossen.

Abänderung der Luftbarkeitssteuer.

Nach längerer Debatte wird die Angelegenheit vertagt.

Erhöhung der Auskunftsgebühren des Einwohner-Meldeamts.

Die Gebühr wird von 25 auf 50 Pfennig erhöht.

Zuschuß an den Wöchnerinnenverein.

Nach ausgiebiger Debatte werden 6000 Mk. bewilligt.

Entschädigung für Reinigung und Heizung des Raumes für Handfertigkeitsunterricht.

Es werden pro Monat 120 Mk. zuzüglich 75 Prozent Teuerung genehmigt; außerdem für frühere Unkosten 150 Mk.

Instandsetzung des kleinen Sitzungssaales.

Bewilligt werden für Instandsetzung des kleinen Saales 3500 Mk., für elektrische Beleuchtung 2200 Mk.

Anschaffung von Schränken für das Rathaus.

Für 4 Schränke und 11 Spinde, notwendig infolge der Vermehrung der Polizeiwachtmeister usw., werden 4200 und 1500 Mk. verlangt und genehmigt.

Erhöhung des Kredits für Ausrüstung der Polizeibeamten.

Die bereitgestellte Summe muß von 1000 auf 6000 Mark erhöht werden.

Stadtv. Sangs (U. S.) hält das nicht für notwendig. Die Polizei brauche hier nicht so ausgerüstet zu werden.

Das Kollegium nimmt die Erhöhung an.

Fußgängerbrücke als Zugang von der Rheinstraße zur Industriestraße.

Die Angelegenheit der von der Harvester-Company gewünschten Brücke vom Rheinkai zu ihrem Etablissement wird vertagt.

Verpachtung des Tennisplatzes.

Die Verpachtung des Tennisplatzes auf 10 Jahre wird genehmigt.

Ankauf von Exemplaren einer Schrift betr. Entwicklung der Neußer Industrie.

Es werden 1000 Mk. zur Verfügung gestellt.

Wahl von Kommissionsmitgliedern.

Mehrere Kommissionen werden ergänzt. In die Schuldeputation wird der ausscheidende Stadtv. M. Müller (Zentrum) mit 21 gegen 15 Stimmen, die auf Hopmann (U. S.) fallen, bei 3 Stimmenthaltungen gewählt.

Wahl einer Kommission für Verteilung der staatlichen Beihilfe für Hochwasserschäden.

Es werden gewählt die Stadtv. Grunau, Rinke, Hopmann, Schulenberg, sowie Frau Heidermanns und Kreisbaumeister Lichius.

Kreditbeschaffung für Lebensmittelankäufe.

Der Ernährungskommission werden 2 Millionen Mark nach längerer Debatte zur Verfügung gestellt.

Damit schließt die öffentliche Sitzung um 8 Uhr.

*

In der nichtöffentlichen Sitzung kam die Stadtverordnetenversammlung zu folgenden Beschlüssen: Die Anstellung des Bahnhofskars Burg und des Vermessungstechnikers Busch, des Polizeiwachtmeisters Hoebertz (letzterer als hauptamtlicher Desinfektor), sowie der Polizeiwachtmeister, Muchayer, Burghartz, Schneider, Sieger, Peiser und Wilwertz wurde genehmigt. Für einen ausgeschiedenen Polizeibeamten wurde die Pension erhöht. Für einen Mietenrückstand soll Ratenzahlung eintreten. Die Gleiswage im Hafen ist durch ein Automobil angefahren und beschädigt worden. Gegen den Urheber soll Klage angestrengt werden auf Ersatz des Schadens. Die Wahl eines Ausschusses zwecks Festsetzung der Höchstgrenze für Mietsteigerung ergab folgende Zusammensetzung: Rentner Tappermann, Kfm. Derstappen und Architekt Henrich als Vertreter der Hausbesitzer, Gewerkschaftssekretär Dicken, Fabrikschreiner Twisse und Schneidermeister Rheydt als Vertreter der Mieter. Der Antrag der Neußer Ringofenziegelei, die Kosten der Errichtung des neuen Schutzdammes teilweise auf die Stadt zu übernehmen, wurde abgelehnt. Zugestimmt wurde einer Anregung, die an die Entente abzuliefernden Milchkühe freihändig zu erwerben und wurde dazu eine Kommission gebildet, bestehend aus den Herren Albert Winter, Jean Keuten und Josef Kremer.

Stadt-Nachrichten.

Neuß, 4. Februar 1920.

!!!! **Hilfe für die notleidenden Hochwasserbeschädigten der Rheinprovinz.** Eine furchtbare Wasserkatastrophe hat unsere rheinische Heimat betroffen. Der Rhein und seine Nebenflüsse haben in den letzten Wochen Wassermassen, wie sie seit Menschengedenken nicht gesehen wurden, weit über ihre Ufer ins Land hinein ergossen. Um so verheerender war ihre Wirkung, als sie plötzlich hereinbrachen und von neuem und noch stärker heranstürmten, als man ihre Kraft bereits gebrochen glaubte.

Noch läßt sich der angerichtete Schaden nicht übersehen. Viele Kulturwerke sind zerstört, deren Wiederaufbau schwere Sorge der Zukunft bleibt. Schleunigste Hilfe aber muß den zahlreichen Familien zuteil werden, die in Haus und Hof der unabwendbaren Gewalt der Fluten weichen mußten, deren Wohnungen zerstört oder schwer beschädigt, deren Vorräte und Hausrat vernichtet oder verdorben sind.

Der Mitbürger hilfreiches Liebeswerk in den betroffenen Gemeinden, so tatkräftig es auch allenthalben eingesetzt hat, reicht bei weitem nicht aus, die dringendste Not zu bannen. Die Hilfe des Staates ist erbeten und zu erhoffen, aber auch sie wird sich in bescheidenen Grenzen halten müssen. An des ganzen Rheinlands altbewährten Opfergeist, ganz besonders an die Bewohner der Gebiete, die von der Hochflut nicht betroffen wurden, richte ich daher die innige Bitte, sich der so schwer heimgesuchten Volksgenossen nach Kräften anzunehmen. Trotz aller Ungunst der Zeiten wage ich diese Bitte, und ich weiß, daß ich nicht vergebens bitte, wenn es gilt, rheinischen Brüdersinn von rechts und links des Stromes in alter Stammestreue zu bekunden.

Die Ueberweisung von Spenden wird erbeten an das Bankhaus Leopold Seligmann in Coblenz und in Köln (Reichsbankgirokonto; Postscheckkonto Köln, für Koblenz Nr. 950 und für Köln Nr. 1162.)

Zur Verteilung der Spenden wird ein besonderer Ausschuß berufen werden.

Koblenz, im Januar 1920.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz
gez. von Groote.

Volkshochschule. Der Rednerbursus beginnt Donnerstag, den 5. Februar. Alle Teilnehmer wollen sich 6 Uhr im Chemiesaale der Oberrealschule einfinden.

Auf Wunsch der meisten Teilnehmer werden beide Kurse in Englisch für Fortgeschrittene Mittwochs 6 Uhr, nicht 5 Uhr beginnen.

Der Vortrag des Herrn Schulrats Dr. Sondermann (Nr. 7) findet Donnerstag 7¼ Uhr in der I. Klasse der Kreuzschule statt. (Eingang Kapitelstraße). Sämtliche Kurse und Vorträge beginnen nach der neuen Zeit.

Ueber 1000 Telefonanschlüsse. Nach dem Stande vom 1. Januar 1920 ist die Zahl der Fernsprechanschlüsse in Neuß auf über 1000 gestiegen. Infolgedessen erhöht sich vom 1. April 1920 ab die von den Teilnehmern des Fernsprechnetzes in Neuß für Anschlüsse bis zu fünf Kilometer Entfernung von der Vermittelungsanstalt zu zahlende Pauschgebühr von 300 Mark auf 320 Mark jährlich.

Soll an deren Stelle die Grundgebühr und Gesprächsgebühren gezahlt werden, so beträgt 1) die Grundgebühr statt 120 künftig 150 Mark; 2) die Gesprächsgebühr 10 Pfennig, mindestens 40 Mk. jährlich.

Für Anschlüsse auf mehr als 5 Kilometer Entfernung sind außerdem die bestimmungsmäßigen Zuschläge zu entrichten. Teilnehmer, die bisher die niedrigeren Gebührensätze gezahlt haben, sind nach den §§ 3 und 5 der Fernsprechgebühren-Ordnung vom 20. Dezember 1899 (R.G.-Bl. S. 711) berechtigt, ihre Anschlüsse zum 1. April 1920 zu kündigen. Die Kündigung muß spätestens am 29. Februar 1920 schriftlich bei dem Postamt in Neuß vorliegen.

Die Ortsgruppe Neuß des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener übermittelte dem Stadtverordneten-Kollegium folgenden Antrag:

„Das Stadtverordneten-Kollegium wolle beschließen, daß den begabten Waisen unter unseren Kriegshinterbliebenen Freistellen an höheren und mittleren Schulen der Stadt Neuß zur weiteren Fortbildung zu gewähren sind unter gleichzeitiger kostenfreier Ueberweisung der Lehrmittel."

Gestohlen wurden in einer Kartonagenfabrik an der Düsseldorferstraße 7 Treibriemen.

Angehalten wurde ein Mann, der ein großes, 80 bis 90 Pfund schweres Stoffstück bei sich führte. Es handelt sich um ungefärbtes starkes hellgraues Zeug. Der Eigentümer möge sich bei der Polizei melden.

Ein Junge wurde mit mehreren Oelkannen festgehalten. Er gab an, dieselben von seinem Vater bekommen zu haben, der in einer Oelfabrik arbeitet.

Aus der Arbeiterbewegung.

Der Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter hat auch für die Rheinische Zuckerindustrie erhebliche Lohnerhöhungen erreicht. Die Löhne für die dortigen Kollegen stehen auf 3,10 Mk. für die Handwerker, 2,70 für ungelernte Arbeiter über 20 Jahren, 1,45 für Arbeiterinnen über 18 Jahren. Außerdem wird die wöchentliche Brot- und Kartoffelzulage von 2 Mark pro Kopf und Woche gezahlt. — Die rheinischen Krautfabriken haben auf die bestehenden Tariflöhne Teuerungszulagen von 10—11 Mark pro Tag für die Erwachsenen und von 4—8 Mk. für Jugendliche bewilligt.

Kollegen und Kolleginnen! Schließt die Reihen des Verbandes, daß Euch diese Erfolge nicht verloren gehen. Denjenigen aber, welche die höheren Löhne in ihre Taschen stecken und sich nicht dazu bereit erklären können, ihr Scherflein an den Verband zu zahlen, sei hiermit gesagt, daß auch sie die moralische Pflicht haben, endlich sich dem Verband anzuschließen. Jede nähere Auskunft ist zu erhalten auf dem Büro des Verbandes, Neuß, Marienkirchplatz 26 (Telefonnummer 849).

Sport.

Rasensportverband Neuß und Umgegend. Sportfreunde Neuß — Rhenania Krefeld 3 : 0. Sportfreunde spielten wegen Ueberschwemmung der eigenen Anlagen an der Hammerlandstraße auf dem Platz der Neußer Bewegungsspieler an der Pomona. Der starke Wind ließ ein einwandfreies Spiel nicht zu, worunter beide Parteien zu leiden hatten. Sportfreunde waren, mit Ausnahme von 10 Minuten in der zweiten Halbzeit, den Krefelder Rhenanen überlegen. Ob dieses Gefühl der Ueberlegenheit oder — das Wetter die Sportfreunde nicht mit dem gewohnten Schneid spielen ließ, wollen wir dahingestellt sein lassen. Der Posten des linken Außenstürmers war mit einem jüngst aus Gefangenschaft zurückgekommenen Spieler sehr gut besetzt. Die Krefelder Rhenania war ein fairer und im Felde gutes Können zeigender Gegner. Sportfreunde können am kommenden Sonntag gegen den Tabellenführer, Sportverein Rheydt 08, beweisen, daß ihre Mannschaft zu den besten der A-Klasse zählt.

Verein für Bewegungsspiele — Sportverein Rheydt 08 0 : 0. V. f. B. 08 weilte am vergangenen Sonntag bei dem Führer der A-Tabelle, dem Sportverein Rheydt 08 in Rheydt. Alle Voraussagungen, die in den maßgebenden Sportzeitungen erschienen, strafte die Neußer Mannschaft Lügen. Selten sah man die Hellblauen ein so flüssiges Spiel liefern. Die Neußer waren leicht überlegen; nur die erstklassige Rheydter Verteidigung verhinderte eine Niederlage. „Backus und seine Jünger", der Rheydter Sturm, konnte diesmal von den Neußern lernen. In neuer Aufstellung, wie heute, wird V. f. B. in den noch kommenden Spielen ein harter Gegner sein. V. f. B. fährt am kommenden Sonntag nach Viktoria Rheydt.

Weitere Resultate: Lürrip — Kaldenkirchen 0 : 0; Lobberich — Uerdingen 2 : 1; V. f. B. 08 2. Jugend — Sportfreunde 2. Jugend 3 : 0; V. f. B. 08 3. Jugend — Sportfreunde 3. Jugend 6 : 0 Sportfreunde 3 — Ballspielverein 2 2 : 4.

Aus dem Landkreise.

)(**Büttgen, 3. Febr.** Gestern fand unter dem Vorsitze des Herrn Bürgermeisters Grootens eine Gemeinderatssitzung statt, in der folgende Beschlüsse gefaßt wurden. Grundsätzlich wurde beschlossen, die Personal- und Grundstücksfragen in die geheime Sitzung zu verweisen. — Die Erhöhung der Versicherung des Gemeindewaldes gegen Feuersgefahr entsprechend dem heutigen Werte wurde beschlossen. — Die Löhne aller Wegearbeiter wurden aus Anlaß der Teuerung erhöht. — Der Vorsitzende teilte mit, daß der Polizeiwachtmeister Stirken zum 1. Juli seine Versetzung in den Ruhestand beantragt, und daß er die Stelle, die den Militäranwärtern vorbehalten sei, ausgeschrieben habe.' — Die Bedingungen für den Verkauf von 209 Pappelbäumen wurden genehmigt. 10 Bäume sollen in Einzellosen für hiesige Handwerker öffentlich verkauft werden. — Die Satzung über die Regelung der Erwerbslosenfürsorge soll dahin abgeändert werden, daß fortan die Karenzzeit nur drei Tage dauern soll. — Gemeinderat beschließt die Versetzung der Gemeinde in eine höhere Servisklasse zu beantragen, da die Teuerung hier einen sehr hohen Grad erreicht hat und die jetzige Servisklasse dieser keineswegs mehr entspricht. — Da der für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gesammelte Fonds in Höhe von 40 000 Mark zur Zeit noch keine großen Einnahmen gehabt hat, stellt Gemeinderat dem Ausschuß aus laufenden Mitteln eine außerordentliche Beihilfe von 2000 Mark zur umgehenden Verteilung zur Verfügung. — Gemeinderat genehmigt die Bedingungen, unter denen die Gemeindegrundstücke in Rottes und Wattmannstraße verkauft werden sollen. Zugleich wurde der Vorsitzende beauftragt, ein Privatgrundstück für die Gemeinde zu kaufen.

:!: **Kaarst, 3. Febr.** Am Sonntag fand im Germaniasaale des Herrn Motes der diesjährige Theater-Abend der Marianischen Jungfrauen-Kongregation statt. Als Hauptstück hatte man das bekannte Schauspiel „Genoveva" von Pater Humpert O. M. J. gewählt. Bei der Aufführung zeigte sich wieder einmal, daß es kaum ein wirksameres Schauspiel für die Mädchenbühne gibt. Es erfordert allerdings eine sorgfältige und kunstverständige Einstudierung. Dieser Aufgabe hatten sich mit viel Eifer gewidmet: Herr Pfarrer Lejoly und die Lehrerinnen Frl. Maahen und Frl. Stamm. Die Spielerinnen hatten sich ganz in den Geist des Stückes eingelebt und spielten mit viel Wärme und Innigkeit, sodaß sie die Zuhörer, die in übergroßer Zahl erschienen waren, ganz in ihren Bann zogen. Besonders dürfte die Darstellerin der Genoveva, Frl. Römers, genannt werden, die mit außerordentlichem Verständnis und großem Geschick ihre Rolle durchführte. Im Anschluß an dieses Legendenspiel wurden noch einige lustige Stücke vorgeführt, die auch recht flott gespielt wurden, die aber nach dem großen Schauspiel fast als „zu viel" bezeichnet werden müssen. — Da am nächsten Sonntag eine Wiederholung der Aufführung stattfindet, wird sich sicher niemand, der noch nicht da war, diesen Genuß entgehen lassen.

)(**Straberg, 4. Febr.** Der hiesige Theaterverein „Frohsinn" veranstaltet am Sonntag, den 8. Februar einen Theaterabend. Zur Aufführung gelangen: 1. „Ritter Tucht von Söldenau oder Wahn und Reue", großes Ritterschauspiel in 4 Akten; 2. „Die Auswanderer", humoristischer Schwank in 3 Akten. Mit neuen Kräften wird der Verein bestrebt sein, den Besuchern recht genußreiche Stunden zu verschaffen. Näheres in der Samstagsnummer.

Aus dem Kreise Grevenbroich.

)§(**Grevenbroich, 3. Febr.** (Schöffengerichtssitzung.) 1. Wegen verbotenen Ankaufs von Mehl und Ausfuhr desselben aus dem Kommunalverband Grevenbroich erhielt der Stellmacher Johann F. aus Krefeld eine Geldstrafe von 3000 Mk. — 2. Der gewerbslose Engelbert H. aus Hoisten hat sich im September v. Js. Birkenstämme rechtswidrig angeeignet. Er erhielt eine Geldstrafe von 20 Mk. — 3. Wegen gefährlicher Körperverletzung wurde der Zementarbeiter Wienand Sch. aus Grevenbroich zu einer Geldstrafe von 50 Mk. verurteilt. — 4. Der Mechaniker Heinrich D. aus Tüschenbroich wird angeklagt, den Ackergehülfen Jakob W. dort körperlich mißhandelt zu haben und mit der Begehung eines Verbrechens, des Totschlags bedroht zu haben. Er erhielt eine Geldstrafe von 50 Mk. — 5. Der jugendliche Ackergehülfe Wilh. K. aus Jüchen hat dort einen Hund auf Menschen gehetzt. Er wurde mit einem Verweis bestraft. — 6. Die Schülerin Gertrud W. in Jüchen hat in Priesterath von einem Acker Kartoffel entwendet. Sie wurde zu einem Verweise verurteilt.

Allrath, 3. Febr. Das schöne Fest der goldenen Hochzeit begehen heute unter reger Teilnahme der Bewohnerschaft die Eheleute Wilhelm Oehmen und Christine, geb. Leusch. Mögen dem alten Paare noch recht schöne Tage beschieden sein.

Rheinland-Westfalen.

)§(**Köln, 3. Febr.** Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, ist hier vor einiger Zeit ein „Verein lediger Männer" gegründet worden. Er bezweckt, dem ledigen Manne zu helfen, verschafft gute möblierte Zimmer, sorgt für billige Mittag- und Abendtische, bezweckt Errichtung einer Einkaufszentrale, billige Kleidungsstücke zu erstehen, Verträge mit Waschanstalt, Näh- und Flickstuben zur Ausbesserung von Wäsche und Kleidungsstücken, Rechtsauskunftsstelle usw., nebenher wissenschaftliche Vorträge, Sorge für kameradschaftliches Vereinswesen. — Es fehlt das wichtigste, nämlich ein anständiges Heiratsbüro.

* **Lorch, 2. Febr.** Der Bergrutsch bei Lorch hat bereits dreimal schwere Felsmassen in die Tiefe gesandt. Am Sonntag, 25. Januar, lösten sich während des Hochamtes große Felsstücke und stürzten mit donnerartigem Getöse ab, so daß viele Leute die Kirche verließen. Schon vorher wurden durch fallende Blöcke Hinterhäuser beschädigt, und seit dem 25. Januar rieselten noch einmal Erdmassen und Gerölle hernieder. Die Bewohner der bedrohten Häuser haben jetzt alle geräumt. Einige zwanzig Familien mußten notdürftig anderswo untergebracht werden. Der Berg droht immer stärker; gewaltige Risse lassen befürchten, daß die bisherigen Abstürze nur warnende Boten waren und daß, wenn der Hauptabsturz kommt, alle bedrohten Häuser verschüttet werden. Der Schaden ist für die Betroffenen überaus groß.

Ida. **Bingen, 2. Febr.** Unter den nach hier diese Woche zurückgekehrten Kriegsgefangenen aus Frankreich befanden sich auch zwei schon längst amtlich als tot gemeldete Familienväter, deren Frauen nun anderwärts verheiratet sind.

Alsheim, 2. Febr. Im Herbst 1892 verschwand plötzlich spurlos ein Waldhilbersheimer Winzer. Der Mann wollte eine Fuhre Wein nach Bingen bringen, kehrte aber von da nicht mehr zurück. Das Fuhrwerk kam führerlos nach Hause. Alle Nachforschungen nach dem Manne blieben erfolglos. Die damals allgemein verbreitete Ansicht, daß der Winzer einem Verbrechen und zwar einem Raubmord zum Opfer gefallen sei, scheint jetzt unerwartet bestätigt zu werden. In dieser Woche fand man nämlich beim Roden eines alten Weinberges in einer Tiefe von über einem halben Meter in der Erde ein menschliches Skelett vor, das in Verwesung übergegangen ist.

* **Trier, 2. Febr.** Von der kommunalpolitischen Weisheit, die in manchen parteipolitischen Tendenzanträgen steckt, zeugt folgende Meldung: In der Stadtverordnetenversammlung hatte die sozialdemokratische Fraktion beantragt, 5000 Häuser mit je zwei Wohnungen zu bauen. Der Stadtbaurat bemerkte dazu, dieses bedeute, daß man die ganze Stadt noch einmal herstelle, und daß die Kosten 500 Millionen betragen würden. Es sei also eine Unmöglichkeit, den Plan auszuführen.

* **Münster i. W., 3. Febr.** Der bisherige Oberbürgermeister Dieckmann tritt heute sein neues Amt als Landeshauptmann an. Bürgermeister Wesemann aus Bocholt wurde als Finanzrat an das neuerrichtete hiesige Finanzamt berufen.

* **Hörde, 30. Jan.** Der Magistrat unserer Stadt hatte die Hauptstraßen, Chausseestraße und Bickefeldstraße, vor drei Jahren Hindenburg- und Ludendorffstraße benannt. Jetzt hat der Magistrat seinen Beschluß wieder aufgehoben und den Straßen wieder andere Namen gegeben. (!)

Neueste Nachrichten.

Die Antwort an Holland.

* **Paris, 3. Febr.** Havas. Die Antwort auf die Weigerung Hollands bezüglich der Auslieferung des Kaisers wurde unter den Vertretern des Verbands besprochen und wird ohne jede Verzögerung dem holländischen Minister überreicht werden. Sollte die Haager Regierung auf ihrer Weigerung bestehen bleiben, so wäre der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit ihr sowie eine Seeblockade Hollands unumgänglich

Clemenceau macht eine Orientreise.

* **Paris, 3. Febr.** Havas. Clemenceau wird sich zunächst nach Kairo, darauf nach Chartum begeben. Er plant außerdem seine Reise durch das Niltal, Syrien, Persien, Indien und vielleicht sogar Japan weiter fortzusetzen. — Der alte „Tiger" hat jedenfalls noch Courage.

Stiftung des Kaisers.

Holländische Blätter erfahren, daß der Kaiser als Erinnerung an seinen Aufenthalt in Amerongen ein kleines Krankenhaus gestiftet hat, das unter die Verwaltung der holländischen Abteilung des Johanniterordens gestellt wird.

Vom Tabak.

)§(**Berlin, 3. Febr.** Die Zwangsbewirtschaftung der Tabakernte 1919 soll nach Anweisung des Reichswirtschaftsministers aufrechterhalten bleiben. 1920 soll eine Erleichterung eintreten. Die Einfuhr ausländischen Tabaks soll aus wirtschaftlichen Gründen eingeschränkt werden.

Vertrauensvotum für Dr. Heim.

* **München, 3. Febr.** Die der heutigen Hauptversammlung der christlichen Bauernvereine Bayerns gestern vorangegangene erste Tagung in München hat Dr. Heim einstimmig das Vertrauen ausgesprochen, das Programm der Einigung mit dem bayerischen Bauernbund gutgeheißen und ihn aufgefordert, auf dem beschrittenen Wege der Forderung gemeinsamer wirtschaftlicher und kulturpolitischer Interessen, wie der Abkehr vom Zentrum und der Zentrumspolitik fortzuschreiten. Der Vorstand der christlichen Landesvereine in Schwaben, Oekonomierat Lang, ein Gesinnungsgenosse Dr. Heims, ist einstimmig zum Landesvorsitzenden der Christlichen Bauernvereine in Bayern gewählt worden.

Streiks in Pommern.

(=) **Stettin, 3. Febr.** Hier und in ganz Pommern nimmt die Streikbewegung in starkem Maße zu. Die Stralsunder Flußfahrt mußte ihren Betrieb einstellen. Hier streikt das Steingewerbe und die elektrischen Betriebe.

Kleine Nachrichten.

Post nach Serbien. Nach dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen sind von jetzt an nicht nur Zeitungen technischen und wissenschaftlichen Inhalts als Drucksachen zugelassen, sondern Zeitungen und Drucksachen jeder Art, sofern ihr Inhalt nicht gegen die Interessen dieses Landes verstößt.

— Der Staatsminister Freiherr v. Berlepsch hat wegen seines hohen Alters den Vorsitz in der von ihm gegründeten Gesellschaft für soziale Reform niedergelegt. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende Prof. E. Francke gewählt.

— Trotz einstimmiger Ablehnung durch den höchsten Gerichtshof hat der Reichspräsident dem Amnestievorschlag für die Aufrührer Gesetzeskraft erteilt.

Zusammenstoß.

(.) **Berlin, 3. Febr.** Bei einem Zusammenstoß der Sicherheitspolizei mit Einbrechern in der Stefanstraße kam es zu einem regelrechten Feuergefecht. Zwei Beamte wurden dabei das Opfer ihres Berufes.

Autounfall.

)-(**Berlin, 3. Febr.** Nachdem gerade ein Zug den Eisenbahnübergang am Schoenebergerufer passiert, stürzten die gesamten elektrischen Leitungskabel auf die Straße. Ein anfahrendes Auto wurde von denselben buchstäblich durchschnitten.

Vereinskalender.

Missionsverein der Münsterpfarre. Die Beerdigung der Bezirksvorsteherin Frl. Sofie Winter findet heute nachmittag 3 Uhr statt, vom Sterbehause Glockhammer 15 aus. Die Sammlerinnen der Missionsvereine werden gebeten, sich recht zahlreich an der Beerdigung zu beteiligen.

Jünglingskongregation der Münsterpfarre. Mittwoch, Donnerstag und Freitag, abends 8 Uhr: Andacht m. Vortrag zur Vorbereitung auf das Titularfest Maria Lichtmeß. — Donnerstag, 10 Uhr: Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes Franz Oepen vom Trauerhause Krämerstr. 14 aus. Die Seelenmesse seitens der Kongregation ist Sonntag ½12 Uhr.

Nächtliche Anbetung in der St. Sebastianuskirche von Donnerstag, den 5. bis Freitag, den 6. Februar: 1. und 2. Bezirk 8 bis 9 Uhr, 3. und 4. Bezirk 9 bis 10 Uhr.

Kath. Gesellenverein. Donnerstag morgen 10 Uhr Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes Franz Oepen vom Sterbehaus Krämerstr. 14 aus.

Kath. Gesellenverein, Theaterabteilung. Mittwoch abend 8 Uhr: Dringende Probe auf der Kegelbahn.

Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner. Mittwoch, den 4. Febr.: Versammlung.

Kath. Arbeiterverein Neuß-Weißenberg. Theaterabteil. Heute abend punkt 7 Uhr: Verteilung der Rollen im Jugendheim.

Statt besonderer Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute Morgen 9 Uhr meine teure Gattin, unsere gute innigstgeliebte Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Leopold Schoenen,
Maria geb. Vasen,

nach kurzer schwerer Krankheit, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, im Alter von 53 Jahren, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Leopold Schoenen u. Kinder.
Wevelinghoven, Cöln, Neuss, den 3. Februar 1920.

Beerdigung findet statt Samstag, den 7. Febr., vormittags 9 Uhr, mitteleurop. Zt., vom Sterbehause aus. Daran anschliessend die feierlichen Exequien in der Pfarrkirche zu Wevelinghoven.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschluss gefallen, heute, mittags 1 Uhr meinen innigstgeliebten, treusorgenden Sohn, unseren unvergesslichen guten Bruder

Theodor

im Alter von 17 Jahren, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb nach 8tägiger schwerer Krankheit, wohlvorbereitet durch den Empfang der heil. Sterbesakramente.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Witwe Theodor Wilbers nebst Kinder.

Neuss-Weissenberg, den 2. Febr. 1920.

Die feierl. Exequien werden gehalten am Freitag, den 6. Februar, morgens 9 Uhr, in der St. Josefs-Pfarrkirche zu Neuss-Weissenberg. Die Beerdigung erfolgt im Anschluss an die Exequien.

Sollte Jemand aus Versehen eine besondere Einladung nicht erhalten haben, so bitten diese dafür ansehen zu wollen.

✠

Nachruf.

An den Folgen seiner Kriegsdienstbeschädigung starb unser lieber Kamerad

Herr Franz Oepen.

Wir bewahren ihm ein treues Andenken.

Neuss, den 3. Febr. 1920.

Das Seelenamt findet statt am Donnerstag, den 5. Febr., 9 Uhr, in der Münsterkirche, die Beerdigung anschliessend um 10 Uhr vom Hause Krämerstr. aus.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Zentral-Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Neuss.

Neusser Scheibenschützen-Gesellschaft.

Zu der morgen, Donnerstag, den 5. Februar, nachmittags 2½ Uhr stattfindenden Beerdigung unseres Schützenbruders, Herrn

Eduard Kraft

ladet zu zahlreicher Beteiligung ein

Der Vorstand.

Beerdigung vom Alexianerkloster aus.

Stiller Teilhaber

mit M. 50—100 000,— bei gutem Gewinn v. sof. ges. Hypoth. Sicherheit.
Gefl. Offerten u. F. 844 an die Exped. d. Zeitung.

30000 Mark

1. Hypothek gesucht auf ländl. Privathaus. Taxwert des Kreisbauamtes 60 000 Mark.
Offerten unt. H. 633 an die Expedition d. Zeitung.

Wer tauscht eine 4 Zim.-Wohnung gegen eine 3 Z.-W. in der Nähe d. Stadt? Off. u. K. 635 a. d. Exp.

Alleinstch. Dame sucht 2 Zimmer-Wohnung. Off. u. G. 843 a. d. Exp.

Acker gut

von 80—120 Morgen zu kaufen oder 150—300 Morgen zu pachten ges. Guter Boden u. Gebäude Bedingung. Angebote m. näheren Angaben und Preis u. W. 547 an die Expedition dieser Zeitung.

3-5 Zimmerwohng.

nebst Küche zu mieten oder Haus zu kaufen gesucht.
Rechtsanwalt Kuller, Bahnstraße 1.

Ein großes Zimmer von alleinstehender Dame sofort gesucht.
Näheres **Hammiorster. 8.**

Hildegard

Gesundes **Mädel**

angekommen

Arnold Werth und Frau
Maria geb. Widenmann

Neuss, 2. Febr. 1920.

M.-G.-V. „Novesia", Neuß.

Zur Verbigung unseres verstorb. Sangesbruders

Franz Oepen,

am Donnerstag vorm. 10 Uhr v. Trauerhause Krämerstraße laden wir unsere Mitglieder freundl. ein.
Der Vorstand.

Besseres Einfamilien- oder Etagenhaus

von Selbstreflekt. g. Kassa zu kauf. ges. Off. u. L. 636 an die Exped. d. Ztg.

Werkstätte, geeignet für Wäscherei, zu mieten ges.
Offerten unt. P. 640 an die Expedition d. Zeitung.

Möbl. Zimmer m. Pension, ohne Mittagessen, per 1. März von jungem Herrn gesucht. Angebote u. D 629 an die Exp. d. Ztg.

Tücht. Schuhmacher gegen hohen Lohn sof. ges.
Theodor Königshofen, Markt 16.

Schreiner und Maschinenschreiner

sofort gesucht.
Th. Martin Küppers
Neuß, Königstraße 10 a.

Tüchtiger u. zuverlässiger

Modellschreiner

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
International Harvester Co. m. b. H., Fabrik, Neuß.

Selbständiger **Sattler- und Polsterergeh.** sofort gesucht.
Frau Wwe. A. Rötigen, Neuß. Gartenstr. 34.

Suche zum sofortigen Eintritt **Pferdeburschе** von 16 bis 20 Jahren, welcher pflügen kann.
Suche zum 1. März einen **älteren Mann,** welcher Garten- u. Hofarbeiten z. verrichten hat.
Herriger, Bergerhof b. Holzheim.

Suche noch einige **tücht. Gartenarbeiter** aushülfsweise für Stunden oder halbe Tage.
Hans Pütz, Crefelderstraße 48.

Gärtnerlehrling und Gartenarbeiter

f. Gärtner Vogle, Heerdt, Lörickerstraße 103.

Kräft. Arbeiter und Mädchen

unter 16 Jahren gesucht.
J. Sprenger, Weyerstraße.

Für unser **Kontor** suchen wir einen geweckten

Knaben und Mädchen

zu leichten schriftl. Arbeiten und Postgängen.
Gerard u. Cie., G. m. b. H. Heerdt, Wiesenstr. 19.

Schulentlassener **Laufjunge**

sofort gesucht.
J. van Haag, Büchel 16.

Putzfrau gesucht.
Crefelderstr. 34, I.

Verkauf von Grundstücken.

Am Montag, den 9. Februar 1920, nachmittags 2½ Uhr, sollen in der Wirtschaft **Wilhelm Becker zu Borst** folgende Gemeinde-Grundstücke öffentlich versteigert werden:

1. Sandgrube in Rottes, Flur 21 Nr. 484/307, groß 23,93 Ar.
2. Ackergrundstück in Rottes, gegenüber Herrn Maaßen und von diesem angepachtet, Flur 21, Nr. 14, groß 12,96 Ar.
3. Acker-Grundstücke in Wattmannstraße zwischen Heinrich Ferfers und Jakob Beckers, Flur 3 Nr. 114, groß ca. 3 Morgen.

Die Bedingungen können schon vorher bei mir eingesehen werden.
Büttgen, den 31. Januar 1920.
Der Bürgermeister: Grootens.

Verpachtung zu Frimmersdorf.

Am Montag, den 9. Februar, nachmittags 2½ Uhr, in der Wirtschaft **Tillenburg** zu **Frimmersdorf** wird Herr **Christian Muckel** daselbst die sämtlichen nach diesjähriger Ernte pachtlos werdenden Ländereien auf längere Jahre öffentlich verpachten.
Grevenbroich. **Johann Trippen.**

Landwirtschaftl. Maschinen- und Geräte-Verkauf.

Am Donnerstag, den 5. Februar d. J., nachmittags 1½ Uhr, läßt Herr **Servatius Schnitzler** zu **Glinderf,** wegen Verkleinerung der Wirtschaft, nachbezeichnete Maschinen und Geräte, als:

1 lange Karre, 1 Schlagkarre mit Erntevorrichtung, 1 Selbstbinder-Mähmaschine Cormick, 1 Handablage-Mähmaschine, 1 Balancierpflug, 1 Schanfelmaschine, 1 Dreischar, 1 zweisp. Egge, 1 Strohschüttler sowie diverse Pferde-Geschirre u. s. w., alles in gutem Zustande,

öffentlich meistbietend auf Kredit gegen bekannte Bürgschaft versteigern. Besichtigung vorher.
Sämtliche Maschinen und Geräte sind auch zusammen unter der Hand verkäuflich.
Gustorf. **Gallus.**



Donnerstag, den 5. Febr. morgens 10 Uhr anfangend, verkaufe ich am **Bahnhof** zu **Nievenheim** einen groß. Posten

große und kleine Schweine.

Peter Winkels, Widdeshoven.

Junger Kaufmann

aus der Oel- und Fettbranche, mit allen Büroarbeit., Korrespondenz. u. Verkauf vertraut,

sucht sich zu verändern.

Gefl. Zuschriften unter **M 637** an die Expd.

Für den Bezirk

Rosellen und Umgegend

eine zuverlässige, ordentliche **Person** (auch Halbinvalide oder Frau) als **Zeitungsbote** sofort gesucht.
Meldungen ehestens an die
Neuß-Grevenbroicher Zeitung,
Neuß, Niederstraße 46,
erbeten.

Tüchtiger

Buchbindergehülfe

zur Aushülfe sofort gesucht.

Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

Tüchtiger Küfer

für dauernde Beschäftigung gesucht.
Neußer Sauerkrautfabrik Rheins & Nolden, G. m. b. H., Adolfstraße 48.

Suche zu sofort

junge Dame

welche Korrespondenz, einfache Buchführung und den Detail-Verkauf eines ff. Spezialartikels übern. kann.
Schriftl. Angeb. mit Zeugnisabschriften unt. H. 842 an die Expedition dieser Zeitung.

Frauen und Mädchen

von 16 Jahren an bei hohem Lohn und dauernder Arbeit in großer Anzahl sofort gesucht.
Weisberger, Heerdt-Lörick, Lörickerstr. 106

Verkäuferin und Lehrmädchen gesucht.

J. P. Plücken.

Suche p. sof. angehende
Verkäuferin
Zeugnisse erforderlich.
Schuhwarenhaus
Th. van Look.

Mädchen

brav u. perfekt in Küche und Haushalt zum 15. Februar od. 1. März gesucht.
Kais. Friedrichstr. 116, II.

In besserem Privathause wird zum 1. März ein braves

Mädchen

vom Lande gesucht, welches alle Hausarb. versteht. Gelegenheit zum Erlernen der Küche.
Näheres
Neuß, Canalstr. 16.

Weg. Erkrank. m. Mädchens suche **Frau od. Mädchen** zur Aush. **Fr. Heckmann,** Mittelstr. 12.

In ruhigem Haushalt (2 Personen) **Mädchen gesucht.** **Erftstr. 48.**

Ein Mädchen

oder unabhängige Frau zum Putzen u. Waschen gesucht. Niederwallstr. 6.

Wegen Krankh. d. jetzig. ein tüchtiges **Mädchen** f. Küche u. Hausarb. s. sof. zur Aushülfe gesucht.
Frau Hans Westerhausen, Oberstr. 78.

Jüngeres Mädchen

f. leichte Hausarb. gesucht.
Capitelstraße 31.

Mädchen vom Lande

für 2 Pers.-Haush. gesucht.
Oberstraße 116.

Wegen Heirat des jetzig. suche per 1. März od. früh. ein in Küche u. Hausarbeit erfahrenes **Mädchen.** 3 Erwachsene. Wäsche außer dem Hause. Hoher Lohn. Putzfrau vorhanden.
Frau Albert Joseph, Drususstr. 81, I.

Saub. Mädchen oder Frau für täglich gesucht.
Drususstr. 81, II.

Best. junges Mädchen

zu einem Kinde gesucht.
Frau Jos. Josten I. Büttgen.

Aelteres **Fräulein** sucht Vertrauensstelle, auch ev. f. halbe Tage zum Kochen.
Offerten unt. O 639 an die Expedition dieser Ztg.

Suche für meinen Haush.

Küchenhaushälterin

perfekt im Kochen, Backen u. Einmachen, ferner ein

Drittmädchen

das servieren und nähen kann.
Frau Heinrich Pelzer, Neuß, Königstraße 60.

Fleißiges properes Küchenmädchen

zu tücht. Köchin auf sofort für Haushalt auf dem Lande gesucht.
Meldung an
Freihr. v. Gehr, Schloß Arf, Post Worringen.

Für den herrschaftlichen Haushalt eines Landhauses nach Meererbusch bei Düsseldorf (besetztes Geb.) wird für möglichst bald bei hohem Lohn ein tüchtiges, älteres

Zweitmädchen

gesucht. Dasf. muß perfekt servieren, nähen und bügeln können.
Angeb. erbeten an Generaldirektor **Kipper,** Wagg.-Fabrik A.-G. **Uerdingen** (Rhein).

Suche zum sofortig. Eintritt katholisches

Zweitmädchen

nicht unter 17 Jahren.
Frau Ed. Herriger, Bergerhof b. Holzheim.

Tüchtiges Dienstmädchen sucht
Frau H. Stock, Grevenbroich, Lindenstr. 26.

Dienstmädchen

für kleinen bürgerl. Haushalt per sofort gegen hohen Lohn gesucht.
Frau H. M. Coning, Düsseldorf-Oberkassel, Parisерstr. 4.

Suche **Putzfrau od. Mädchen** für Freitags Nachm.
Breielstr. 99, I.

Putzfrau oder Mädchen für morgens gesucht.
Schwannstr. 24, I.

Stundenmädchen

2 mal die Woche gesucht.
Salzstr. 18, 1. Etage.

Braves, fleißiges, junges **Mädchen od. Stundenmädchen** für alle häuslichen Arbeiten gesucht (2 P.-Haush.)
Wo, sagt die Exp. d. Ztg.

Strebs. Handwerker, in sich. Lebensstellung, Witwer, kath., 43 Jahre alt, wünscht mit einem häuslich erzog. kath. Mädchen, bis zum gleichen Alter, in Verbind. zu treten, zwecks späterer **Heirat.**
Gefl. Offerten u. N 638 an die Exp. dieser Ztg.

Achtung! Achtung!

2 kl. Esel und 1 mittelgroßes Reitpferd zu verkaufen. **Kaufe Schlachtpferde** zu höchsten Preisen an. Bei Unglücksfällen schnellste Bedienung.
Jakob Busen, Zons.

Zu verkaufen:

Ein 8jähriger brauner **Wallach** oder ein 5jähriger **Arbeitsochse.**
Beide zuverlässig in jed. Geschirr.
Näheres bei **Josef Malzkorn, Stürzelberg b. Zons am Rhein.**

Fetter Ziegenbock z. verk.
Norf, Bahnhofstr. 8.

Ein schönes auf 15. Februar ausgetragenes
Schwein
zu verk. Hemmerden 154.

---

1 Grube festen Abort kostenlos abzuholen.
Breitestraße 83.

Saathafer

In den ersten Tagen trifft ein Waggon **Saathafer** ein, wovon an unsere Mitglieder noch abgegeben werden kann. Umgehende Meldung auf unserem Büro **Bahnstraße 8.**
Gemüsebau- und Verwertungs-Genossenschaft Büttgen.

---

ca. 1500 Schanzen

abzugeben.
Schloßverwaltung Hülchrath.

Grammophon-Reparaturen

prompt u. preiswert
M. Mauelshagen,
Niederstr. 39.

Klavier

zu kaufen gesucht.
Düsseldorf, Postfach 642.

Wegen Selbstverbrauch zahle für Platin, Gold, Silber, Gold- u. Silbermünzen ganz enorm hohe Preise!

Büttgerstr. 1.

Weißer Hand

stets vorrätig, auf Wunsch Lieferung franko Haus.
Heinr. Kamps,
Neuhaus b. Neukirchen.

Haushaltungswäsche

wird angenommen.
Bleiche vorhanden.
Wo, sagt die Expedition.

Piano

gebraucht, noch gut erhalt., billig zu verkaufen.
Bruno Beyer,
Büttgerstr. 2.

Grammophon-Platten

alt und zerbrochen kauft
M. Mauelshagen,
Niederstr. 39.

Wer erteilt **Mandol.-Unterricht?**
Ang. unter C 203 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

---

1 Gleichst.-Ventilator

220 Volt, z. kaufen gesucht.
Bleichstraße 24.

Gebr., aber guterh.

Häckselmaschine

zu kaufen gesucht.
Chem. Fabrik Niederrhein G. m. b. H., Neuß.

Hundekuchen

wieder vorrätig.
J. Mobis, Centr.-Drogerie, Niederstraße 85.

Ein sehr gut. gebr. **Sofa,** eine gebr. **Nähmaschine, ein Filmapparat** zu verkaufen.
Geulenstr. 41.

Eine f. neue Nähmaschine, Kleiderschrank, Kommode und Leder-Sofa

billig zu verkaufen.
Rixhütterweg 49.

Fast neuer **Kinderfüßliegewagen** zu verkaufen.
Wo, sagt die Exped.

Majolika-Zimmerofen und einen ziemlich großen **Teppich** zu kaufen gesucht.
Von wem, sagt d. Exp.

Gebr., guterh. **Küchenmöbel u. Herd** ganz oder get. zu kauf. ges. Ang. u. X. 623 an die Exp. d. Z.

Guterh. Mantelofen

zu verkaufen.
Büttgen, v. Steinstr. 6.

Ein guterhaltener Ofen mit neuem Rohr billig zu verkaufen.
Büttgerstr. 79, 1. Etg.

Nußbaum-Schreibtisch

zu verkaufen.
Wo, sagt die Expedition.

Piano-Reparatur-Werkstätte
von
Rud. Hill, Klaviermacher und Stimmer

Stimmen, Reparieren, Polieren von Flügeln, Pianos und Harmoniums
unter Zusicherung fachm. Ausführung.

Werkstätte: Glockhammer 62, neben Kloster Marienberg. Wohnung: Dreikönigenstr. 2.

Neuß! Im Saale des Hrn. Otto Peppekus, Capitelstraße.

Gastspiel Henry Heythausen.

Mittwoch, 4. Februar 1920, nachmittag 4 Uhr zu kl. Preisen: **Genovefa.** Volksstück in 5 Akt.
Abends 7 Uhr:
Ein glücklicher Familienvater.
Letztes Gastspiel Donnerstag: **Letztes Gastspiel Sherlock Holmes.**

Tanz-Kursus.

An einem Freitag, den 6. Febr. im Restaurant **Johann Wolf, Neusserfurth, Kaarsterstr. 9,** abends 7½ Uhr beginnenden **Tanzkursus** können noch einige Damen und Herren teilnehmen.
Fritz Helfer,
Lehrer für Kunst- und Gesellschafts-Tanz.

Landschafts-Gärtner.

Empfehle mich zum Instandsetzen von Nutz- und Ziergärten sowie Anfertigung von sämtlichen Neuanlagen für Neuß und Umgegend.

Heinr. Winters, Hermannstr. 18.

Wasser- u. Brandschadenregulierung

Wertermittelung für Feuerversicherung, Beleihung und Auseinandersetzungen, — Gutachten ꝛc.

C. Schaumburg, Arch., D. F. A., Neuß, Tel. Nr. 97,
für den Amtsgerichtsbezirk Neuß beeideter Sachverständiger.

Kohlen-Transporte,

sowie Transporte jeglicher Art in und außer dem besetzten Gebiet übernimmt
Josef Beeser & Co., G. m. b. H., Neuß,
Weyerstraße 41, Telefon 372
bei Kohlenhandlung Rover.

Bei

Hals- und Lungenleiden

aller Art, wie Katarrhen, tuberkulösen Erkrankungen, Asthma usw., erzielten, wie zahlreiche Mitteilungen von Ärzten, Apothekern und Leidenden einwandfrei beweisen, unsere

Rotolin-Pillen

in jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.

Husten, Verschleimung, Auswurf,

Nachtschweiß, Stiche im Rücken und Brustschmerz hörten auf; Appetit und Körpergewicht hoben sich rasch; allgemeines Wohlbefinden stellte sich ein. — Erhältlich die Schachtel zu 4.— M. in allen Apotheken; wenn nicht vorrätig, auch direkt von uns durch unsere Versandapotheke
Ausführliche Broschüre kostenlos durch:
Ploetz & Co., Berlin SW 68.

Werkzeuge aller Art,

Motoren, Maschinen, ganze Fabrikeinrichtungen kauft

M. Bottländer,
Neuß, Kaiser Friedrichstraße 110.

Großer Kleiderschrank

gegen kleinen zu vertauschen. Daselbst **Waschtisch** zu kaufen gesucht.
Breitestr. 101, 2. Etg.

Sch. Gehrock-Anzug

fast neu, zu verkaufen.
Büderich, Düsseldorferst. 32.

Schöner, guterhaltener **Teppich**
wegen Platzmangel preiswert zu verkaufen.
Zu erfr. in der Exped.

Ein neuer Smoking

mit Weste bill. zu verkauf.
Christ. Rheidt,
Kapitelstraße Nr. 12.

---

1 Brotteigknetmaschine

f. Handbetrieb zu verk.
Joh. Habitz, Bäckerei,
Allerheiligen bei Norf.

Rechnungsformulare in allen Formaten liefert die Buchdruckerei der Neuß-Grevenbr. Ztg. Niederstraße 46.

Gebr. schw. Seide auf dem Büchel verloren. Geg. Belohnung abzugeben
Janßen, Furtherstr. 8.

1000 M. Belohnung

sichere ich demjenigen zu, der mir die Diebe, welche anfangs der vorigen Woche aus meinem Stalle **17 Hühner gestohlen** haben, so angibt, daß dieselben gerichtlich belangt werden können.

Da die Gegend der Gladbacherstraße in den letzten Monaten von diesem gemeingefährlichen Diebesgesindel andauernd beunruhigt wird und offenbar dieselbe Bande an allen Diebstählen beteiligt ist, so bitte ich alle durch Diebstahl Geschädigten um nähere Mitteilung über die Umstände der bei ihnen ausgeführten Diebstähle. Insbesondere bitte ich um Mitteilung über den Aufenthalt eines des Diebstahles sehr verdächtigen Individiums, das nur unter dem Beinamen

„der Pollack"

bekannt sein soll. Letzterer soll mit seinen Diebesgenossen im Wagen oder Auto Nachts die gestohlenen Waren fortschaffen und in letzter Zeit häufiger mit einem Auto oder Wagen gesehen worden sein.

Gerhard Kallen, Neuß, Gladbacherstr. 46, Tel. 747.